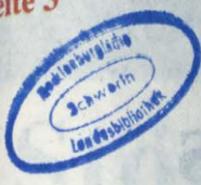


Postvertriebsstück  
2F8971D  
Mecklb.-Landesbibliothek  
Am Dom 2  
D-2750 Schwerin



# MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 4. Jahrgang · Nr. 3/4 · 22. Januar 1993 · 1,50 DM

2F 8971C

<b>Interview: Ringstorff</b> Seite 2	<b>Gefahr: Gameboy</b> Seite 4	<b>Im Gerede: Tarifrunde</b> Seite 5	<b>Kalenderblatt: J. Moreau</b> Seite 6	<b>Im Gespräch: "Auge Gottes"</b> Seite 7	<b>Reise: Bodensee</b> Seite 10
---	---------------------------------------	---	--	--	--

## Jahrestag

George Bush bombt sich davon

Pünktlich zum zweiten Jahrestag des Golfkriegs sind wieder amerikanische Bomben auf Bagdad gefallen. Wenn das kein Abgang des US-Präsidenten ist: Die Blitzlicht-Landung in Somalia, jetzt das Wüstenstürmen und dazwischen noch die START 2-Besiegelung in Moskau. Es ist, als habe Bush sämtliche Zeugnisse außenpolitischer Tatkraft in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit ausgerechnet in die Zeitspanne zwischen seiner Abwahl und seinem Abgang packen wollen. Das ist schlechtes Timing und ein Zeugnis der Unfähigkeit, zwingende Herausforderungen zum gebotenen Zeitpunkt anzunehmen. Bush demonstriert mit seinem Abschieds-Show-Down, wie kläglich wenig von dem eigenen Politik in der Euphorie des Sieges am Golf gesetzten Anspruch geblieben ist, eine "neue Weltordnung" durchzusetzen, die Frieden und Völkerrecht wo immer auf dem weiten Erdball garantieren kann: Von der amerikanischen Vorreiterrolle für eine Interventionsfähigkeit der Völkergemeinschaft bei Verstößen gegen die UNO-Charta droht an der Schwelle zur Ära Clinton nur noch eine TV-Show mit unregelmäßigen Sende-Terminen übrigzubleiben, - statt handlungsleitender neuer politischer Ethik als Reaktion auf epochale Umbrüche ein bißchen Geknalle für die Zuschauer-Galerie als Reaktion auf die eigene Unfähigkeit zur großen politischen Linie.

Im Konflikt mit der irakischen Führung offenbart das Säbelgerassel der Amerikaner nicht etwa die Stärke, den Diktator mit militärischen Schlägen jederzeit treffen zu können, sondern die Schwäche, Saddam Hussein mit all diesem todbringenden Aufwand doch nicht entfernt zu gefährden. Daß Saddam sich heute als Sieger fühlen und davon ausgehen kann, daß der neue US-Präsident Clinton wohl über kurz oder lang nicht umhinkönnen wird, sich mit ihm politisch in's Benehmen zu setzen, hat George Bush selbst verschuldet, - mit seiner Entscheidung vor zwei Jahren, die Operation Wüstensturm, für die es im übrigen nie hinlänglich konkrete Zielvorstellungen gab, zu beenden, bevor der irakische Diktator entscheidend besiegt war. Es war naiv, im blinden Vertrauen auf die Aussaugfähigkeit militärischer Kräfteverhältnisse anzunehmen, Saddam habe nach der irakischen Niederlage auch politisch ausgespielt und man könne ihn mit dem Diktat schmachtvoller Waffenstillstands-Bedingungen sozusagen zum Schatten seiner selbst machen. Politische Geltung und politisches Überleben sind auch im arabischen Raum nur selten maßgebend eine Frage der tatsächlichen Stärke der jeweiligen Bataillone gewesen.

Die Gelegenheit, das Saddam-Regime zu beenden, hat sich auf der Ebene der militärischen Auseinandersetzung wohl unwiederbringlich

nur dieses eine Mal geboten, als die Anti-Irak-Koalition kurz davor stand, mit den Republikanischen Garden auch deren obersten Chef in die Flucht zu schlagen. Jetzt so zu tun, als ließe sich das Rad noch einmal auf diesen Augenblick zurückdrehen, verrät einen erschreckenden Mangel an Politik-Fähigkeit; denn nach der Entscheidung für die Schonung Saddams hätte es nur noch das geben dürfen: eine Politik, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ernstnimmt und in den Mittelpunkt rückt. Die aber hat - zumindest in unmittelbarem Zusammenhang des Konflikts mit dem Irak - nicht stattgefunden.

Bush hat mit seinem Sieg am Golf, gemessen an den geweckten Erwartungen, nur wenig anzufangen gewußt: Der Frieden in der Golf-Region ist gefährdet wie eh und je, die politischen Verhältnisse sind unverändert instabil, und daß das befreite Kuwait unter der Ägide des einfach bloß wieder in seinen Palast gekarrten Emir nun auch ein freies Land sei, werden noch nicht einmal die Angehörigen der Herrscher-Familie selbst behaupten. Das einzige Pfund, mit dem die USA wuchern können und müssen, ist der von ihnen in Gang gesetzte Friedens-Prozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten sowie den Palästinensern. Aber es ist nicht nur die mörderische Krawall-Linie der palästinensischen Hardliner nebst den Reaktionen der Israelis darauf, die alle Verhandlungs-Diplomatie gegen Null treiben könnte, sondern eben auch der Fortbestand des irakischen Konflikt-Herdes.

Die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden des Irak sollen gejubelt haben, als sie von den militärischen Schlägen der USA gegen Saddam Hussein erfuhren. Aber auch sie sind doch in Washington und New York längst wieder Vergessene der Weltgeschichte, man erinnert sich ihrer nur dann, wenn einem das aus Gründen in den Kram paßt, die ganz und gar nicht in ihrem Elend liegen. In den Zeiten der Schwäche wird gern ein bißchen geknallt, um davon abzulenken, daß man sowohl die Politik schuldig bleibt, wo sie - wie im Mittleren Osten - gefragt ist, als auch die militärische Intervention, wo sie - wie in Bosnien-Herzegowina - allen Erstes notwendig gewesen wäre.

Es besteht die Gefahr, daß Moral und Freiheit und Menschenrecht gerade jetzt, wo anderes nötig ist und möglich wäre, nur noch im Zusammenhang mit spektakulären militärischen Show-Downs auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt werden. Und zugleich spricht nur wenig dafür, daß die mächtigen Länder ihr eigenes Verhalten ändern, das Armut auf Armut, Willkür auf Willkür und Waffen auf Waffen türmt. Bill Clinton steht vor einer schweren Amtszeit.

Michael Will



Steilküste im Naturpark Jasmund

Foto: Erich Hoyer

## Kleine Lösung

Das war sie nun, die lang angekündigte Kabinettsumbildung, von der man sich jetzt neuen Schwung erhoffen soll. Der CDU-Landwirt Borchardt war dran, den CSU-Landwirt Kiechle als Vorsteher des gleichnamigen Ministeriums abzulösen, weil der im Beförderungs-Stau stekende CSU-Landesgruppenchef Bötsch mit dem Postministerium abgefunden werden mußte; der stets markant um die Nase herum wirkende Matthias Wissmann hat, immerhin, zwei zwingende Gründe für seine Berücksichtigung als neuer Bundesforschungsminister: Er ist schon vor Jahren über die Altersgrenze als Junge-Unions-Vorsitzender hinausgewachsen; und Baden-Württemberg, wo er herkommt, hat sonst ja keinen drin im innersten Zirkel. Deshalb löst er Heinz Riesenhuber ab, obwohl dessen Kragenpropeller immer flott anzusehen war. Und gegen den frechen Rexrodt als Nachfolger des dreisten Möllemann war Kohl entgegen dem eigenen wütenden Getue ohnehin machtlos. In diesen flachen Gewässern läßt sich gut weiterdümpeln.

Der Kanzler hat ja recht: Wenn wenigstens die werbe-wirksame Frau Schwatzer weggelobt worden wäre, hätte ja nach dem Gleichheits-Grundsatz gleich fast das gesamte Kabinett gehen können müssen. So bleibt es nun bei einer fürwahr kleinen Lösung, angemessen der kleinkarierten Politik, die von dieser Bundesregierung bis zum womöglich nicht einmal erlösenden Wahltermin zu erwarten haben. Das ist eben so: Der liebe Gott kann den Vollmond zuspitzen, und Helmut Kohl kann notfalls sogar aus Berndt Seite den nächsten Bundespräsidenten machen.

m. w.

## Honecker ist frei – ein schaler Nachgeschmack bleibt

Wer war E.H. für das Volk der DDR, wer für das der Bundesrepublik? Warum sind heute die peinlich berührt, die ihm früher zujubelten, ihn als Staatsgast begrüßten? Die Ägide Honecker war eine Variante des Stalinismus, die nicht so brutal war wie die der Fünfziger Jahre. Mächtige das den Mann bis zu seinem Sturz akzeptabel?

Die Revolution, wenn es denn eine war, war friedlich - ein Fehler? Mit dem Ende der DDR kam die Forderung nach Gerechtigkeit und Genugtuung auf den Plan. Sollte vor den Schranken von Gerichten das letzte Kapitel der Wende geschrieben werden, die Abrechnung mit den Tätern? Die DDR hinterließ ein Volk, das einen hohen Preis für ein gesellschaftliches Experiment gezahlt hatte - diesem Experiment sah der Westen mehrheitlich gelassen zu. Viele Leben wurden beschädigt, manches ausgelöscht. Unsere Wahrnehmungsstörung war so vollkommen, daß wir erst nach dem Zusammenbruch der DDR allmählich begriffen, was mit uns geschehen war.

Gerechtigkeit? Bärbel Bohley hat einmal resümiert, wir hätten Gerechtigkeit gesucht und den Rechtsstaat erhalten. Wolfgang Thierse ist heute "bitter enttäuscht, weil der

Hauptschuldige nun davonkommt." "Den müßte man jetzt durch die ehemalige DDR schleifen, daß er sich ansieht, was er angerichtet hat", so Volkes Stimme. Ministerpräsident Seite ist unzufrieden mit dem Gang der Dinge: 120000 ehemalige Stasioffiziere und ungezählte IM's liefen noch ungeschoren herum. Die Freilassung Honeckers sei ein schwerer Rückschlag für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

Wie soll die Aufarbeitung aussehen? Hätten die 120000 vielleicht kaserniert werden sollen, etwa in Umerziehungslagern? Wie soll die Strafe aussehen für beschädigtes Leben? Wie für Denunziation, Mitläufertum?

Rache? Vor solcher Gerechtigkeit möge uns der Rechtsstaat auch fürderhin bewahren. Gerechtigkeit war auch das hehre Wort, das Kommunisten im Munde führten, als sie ihren Weg der Vergangenheitsbewältigung wählten und die Lager wieder betrieben, in denen zuvor Nazis ihre Gerechtigkeit durchsetzten.

"Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.", so murrte dieser Tage das Volk. Berechtigtes Murren und doch wieder nicht. Der Verdacht liegt nahe, daß an Honecker exemplarisch Vergangenheit bewältigt werden sollte. Ein Großer

für all die Kleinen, ohne die die Diktatur nicht möglich gewesen wäre? Ohne Kollaboration hüben wie drüben hätte es die DDR solange nicht gegeben. Das zu erkennen, muß das Ziel von Vergangenheitsaufarbeitung sein.

Es wäre vielleicht klüger gewesen, Erich Honecker nach Chile auszuweisen. Doch wir mußten diese Chronik seiner Entmachtung bis zum bitteren Ende exerzieren. Doch mußte um des Rechtsstaates willen Honecker durch Moskauer Ärzte für kurze Zeit der Lüge geziehen werden, damit er in ein deutsches Gefängnis kommen konnte, in dem dann die Diagnose wieder lautete: Krebs? Bis heute ist zu beweisen, daß ein Prozeß gegen einen gesunden Honecker mit einer Verurteilung geendet hätte. Was, wenn dem Diktator die individuelle Schuld am Tod der Maueropfer nicht hätte nachgewiesen werden können? Er allenfalls wegen der unrechtmäßig erworbenen Spülmaschine seiner Gattin überführt worden wäre? So hätte die DDR ein rechtsstaatliches Ende gefunden, das voller Schmach gewesen wäre, und von Gerechtigkeit wollen wir in solchem Zusammenhang nicht reden.

Die Einstellung des Verfahrens gegen Erich Honecker kann zu ei-

nem Lehrstück für den Rechtsstaat geraten. Der Neuanfang demokratischen Miteinanders, wie ihn die Bundesrepublik gefunden hat, an dem wir nun mit vierzigjähriger Verspätung teilhaben, baut keine Lager, schleift Verbrecher nicht durchs Land. Da wo die Würde eines Menschen angetastet wird, und sei er ein Verbrecher, schützt er sie. Insofern: Ja, wir mußten dieses Exerzium ertragen und werden es auch weiter müssen, denn solange Honecker, lebt, wird es Zweifel an seiner Erkrankung geben, und es wird ein Ärgernis für manchen sein, wenn sich sein Tod hinzieht.

Die Schuld des "Entwichenen" ist nicht zu bezweifeln, auch ist jetzt keine Entlastung für die Mittäter, die großen und die kleinen, erfolgt, diese Schuld gilt es zu erkennen und aufzuarbeiten, ein unbequemer Weg. Hier ist nicht Gnade vor Recht ergangen, auch hat nicht die Krankheit des E.H. einen Sieg über den Rechtsstaat errungen, hier wurde Rechtsstaatlichkeit hergestellt und Justiz um ihrer selbst willen unter sagt. Wir sollten dem letzten deutschen Diktator keine Träne nachweinen. Soll er am Pazifik mit anderen Diktatoren über den Erfolg ihres Tuns sinnieren, wir haben besseres zu tun.

Regine Marquardt

## Randbemerkung

Volk  
an's Gewehr?

Die Hilfe war bestellt, doch geholfen hat sie nicht, denn es fehlt, wie schon so oft in Bonn, an einem politischen Konzept. Helfen sollte Butros Ghali, der energische UNO-Generalsekretär, zur Zeit dringend auf der Suche nach Blauhelm-Soldaten aller Art.

Es hätte ein Geschäft auf Gegenseitigkeit werden sollen: Der Oberdiplomate der Weltorganisation sollte die marode Regierungskoalition aus ihrer verkorkten Verfassungsdiskussion befreien, sollte den Drang der CDU zu „globaler Sicherheitspolitik“ legitimieren. Dafür wurde ihm die Bundeswehr als militärisches Interventionspotential in Aussicht gestellt.

So haben in Deutschland zuletzt absolutistische Herrscher ihre Landeskinder in alle Welt verkauft. Das Grundgesetz der Bundesrepublik jedoch gibt keine Handhabe für einen solchen Handel. Und auch Ausbildung, Struktur und Auftrag der Wehrpflichtarmee verbieten jedem verantwortlichen Politiker und General, die zu Gehorsam verpflichteten Soldaten für solche Prestige-Allüren zu verheizen.

Nichts anderes aber ist es, wenn die Regierungskoalition mit recht unterschiedlichem Tremolo behauptet, die (hypothetische) Völkergemeinschaft erwarte von dem wiedervereinigten Deutschland ein militärisches Engagement für den Frieden in der Welt. Butros Ghali, der mehr Händel zu schlichten hat als ihm lieb ist und sein Amt vorsieht, hat solchen falschen Zungenschlag noch gefördert.

Das mag darüber hinwegtäuschen, daß die Erwartungen der Nachbarn Deutschlands nach Rostock und Mölln ganz anderer und dringlicherer Art sind. Zu Recht. Denn wie kann ein Land an der „Wiederherstellung des Friedens, der Gewaltlosigkeit und der Menschenrechte“ (Außenminister Klaus Kinkel) in der Welt mitwirken, wenn es all dies nicht einmal in der eigenen Gesellschaft einigermaßen zustandebringt?

Daß solche militärischen Weltbefriedungsideologien im Schatten des fünfzigsten Jahrestages von Stalingrad besinnungslos diskutiert und vermutlich auch durchgesetzt werden, zeigt, daß der Geist deutscher Hybris, politisch wie auch militärisch, noch immer lebendig ist. Der Kalte Krieg hat ihn offensichtlich besonders gut konserviert.

Das heißt nicht, der Drückebergerei das Wort zu reden, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Absage an eine globale deutsche Sicherheitspolitik diffamierend bezeichnete. Es heißt lediglich Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber der grassierenden Militarisation der UN-Politik zu üben. Der Ruf nach Soldaten war stets eine Bankrotterklärung der Politiker.

Skandale  
ohne Ende

Es ist wahr, die politischen Skandale in der Bundesrepublik reißen nicht ab. Glaubt man dem in der Aufdeckung von Mandatsmißbrauch seit Adenauer-Zeiten erprobten „Spiegel“ und seiner Titelgeschichte über Affären, Filz und Kumpanei, dann befinden wir uns in der Hochzeit einer Gefälligkeits-Demokratie.

Das ist die eine, unfine Seite. Man könnte sie als Reibungsverlust der gehätschelten Leistungsmißbrauch-Ideologie in Kauf nehmen, wenn wenigstens das politische Führungspersonal sein Geld wert wäre. Doch von Professionalität kann bei keinem unserer Spitzenpolitiker die Rede sein. Weder in der Regierung noch in der Opposition. Was immer an Aufgaben - großspurig Herausforderungen genannt - ansteht, es wird von vornherein vergeigt.

Für den Niedergang der politischen Klasse gibt es viele schlechte Gründe. Der wesentliche Grund jedoch ist die Inzucht der Parteien. Sie und ihr mediales Umfeld sind sich selbst genug.

Bernd C. Hesslein

## In M-V bleibt vieles diffus

Interview mit Harald Ringstorff

Halbzeit, eine gute Gelegenheit, Inventur zu halten. Wie sieht die Bilanz aus?

Davon kann man leider nicht reden. Mecklenburg-Vorpommern ist das Schlußlicht unter den neuen Bundesländern, bei uns gibt es die höchste Arbeitslosenquote. Wenn die dazu gerechnet werden, die pendeln oder über ABM oder durch Umschulungsmaßnahmen beschäftigt sind, dann kommen wir auf einen Anteil von 50,6% der Bevölkerung, die im Vergleich zu 1989 Arbeit hatten.

Zeichnet sich denn nichts ab, das den Trend wendet?

Das Wirtschaftsministerium hat ein Gutachten bei der renommierten Firma Prognos in Auftrag gegeben, das zeigt, daß wir uns auf eine langfristige Abwanderung bis ins Jahr 2010 einstellen müssen, bei der wir noch etwa 400.000 Menschen verlieren werden. Das kann man nicht hinnehmen, das Land darf sich nicht in dem Maße entvölkern.

Was tun?

Die Mittel, die man zur Verfügung hat, müssen sinnvoll eingesetzt werden. Das wird bislang nicht gemacht. Die Regierung hat es bis heute nicht geschafft, Schwerpunkte zu setzen. Es gibt keine richtigen Strukturen in der Förderung, es wurde flächendeckend gefördert. Wir haben Gewerbegebiete über Gewerbegebiete, aber die produzierenden Gewerbe fehlen in diesen Gebieten.

Wir gehen davon aus, daß da, wo die Wirtschaft erkennen läßt, daß sie einen Standort bereit ist anzunehmen, Förderung weiter betrieben werden muß. Es darf nicht gegen Strukturveränderungen im Lande ansubventioniert werden.

Was meinen Sie konkret?

Die Entwicklung des Landes darf nicht vom ländlichen Raum her allein betrieben werden. Es ist unbedingt erforderlich, daß Ober- und Mittelzentren gestärkt werden, es gilt zentrale Standorte auf dem Lande zu finden und zu entwickeln. Fragen der Infrastruktur wie Verkehrsanbindung sind wichtig für solche Strategien. Arbeit wird es unter Umständen in einiger Entfernung vom Wohnort geben.

Neben Tourismus muß aber vor allem die Landwirtschaft ein Standbein bleiben. Die Entwicklung ist derzeit gegenläufig. Die landwirtschaftliche Produktion



geht in unserm Land drastisch zurück. Schlachthöfe können nicht mehr aus eigenem Bestand beliefert werden, die Milchquote wird nicht ausgeschöpft. Das hat seine Ursache darin, daß die Landesregierung immer noch nicht die Berechtigung aller Eigentumsformen anerkennt. Unser Landwirtschaftsminister hat sich ja der Forderung angeschlossen, daß langfristige Pachtverträge auszureichen sind. Aber es sind bis zum Ende des letzten Jahres lediglich fünf solcher Pachtverträge abgeschlossen worden. Auch ist es immer noch nicht möglich, daß juristische Personen wie eingeschriebene Genossenschaften Grund und Boden von der Treuhänder erwerben. Im Gegenteil, - man denkt daran, daß Entschädigungen für Bodenreformland durch Grund und Boden erfolgen soll; so wird der Einigungsvertrag, der die Bodenreform ausdrücklich anerkennt, ausgehebelt.

Dahinter steht eine Lobby.

Wenn man einseitig eine bestimmte Eigentumsform fördert, andere diskriminiert. In der Landwirtschaft ist der Strukturwandel mit vergleichsweise geringen Mitteln zu bewältigen. Sie könnte pro-

duktiver sein als die im Altbundesgebiet; die Ausgangsposition, um in der Konkurrenz zu bestehen, ist gut, und man darf nicht zulassen, daß eine starke, vom CDU-Landesvorsitzenden Krause unterstützte Lobby in den Altbundesländern, die die Bodenreform rückgängig machen will, dies verhindert.

Dann gibt es noch die sogenannten Industriekerne.

Wir haben seit langem verlangt, daß solche Kerne benannt werden und man dann Strukturmaßnahmen ergreift, um sie zu entwickeln. Also nicht Erhaltung der alten Industrien um jeden Preis, sondern die Erhaltung der Inthalt der Industriestandorte. Unsere Industrie hätte einen Anpassungsschutz gebraucht, doch nun haben wir eine Industrielandschaft, in der man eigentlich „Kerne“ nicht mehr findet. Dieser Prozeß darf nicht weiter so laufen, die Kerne dürfen nicht weiter verkleinert werden. Für diese Betriebe müssen Konzepte entwickelt werden. Wenn auch sie noch verloren gehen, dann wird es sehr schwer, überhaupt noch Industriesatz zu bekommen. Abgesehen von solchen Standorten wie Rostock.

Strukturmaßnahmen, die diese Kerne stabilisieren?

Es muß sich um die industriellen Standorte, sowohl die der Schwerindustrie als auch die der verarbeitenden Agrarindustrie, Gewerbe ansiedeln. Es geht um solche Kerne wie Boizenburg, Stralsund, Neubrandenburg und so weiter. Bisher gibt es Liquiditätskredite, die oft nicht ausreichen, um zu investieren, sondern nur das Sterben verlängern haben. Wir können auch heute nicht erkennen, daß die Landesregierung das Zeichen setzt: Hier wollen wir Konzepte entwickeln und begleiten. Bislang ist häufig Geld geflossen, das schlecht angelegt wurde, es darf

keine Dauersubvention geben.

In aller Munde ist der sogenannte Solidarpakt...

Bislang ist nicht klar, was das sein soll, es ist wie eine Nebelgranne. Es bleibt diffus. Wenn der Solidarpakt so zu verstehen ist, daß es Tariföffnungsklauseln geben soll, daß im sozialen Bereich abgebaut werden soll, dann darf man von einem „Solidar“-Pakt nicht mehr reden. Das ist mit Sozialdemokraten nicht zu machen, auch wenn wir einsehen, daß gespart werden muß. Im Rahmen des Solidarpaktes sollte ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt werden. Die Mittel, die bereitgestellt werden, müssen ganz konkreten Aufgaben zugeordnet werden. Anstelle von Sonderforderungen wir Schlüsselzuweisungen.

Wir meinen auch, die Investitionspauschale für Kommunen und Gebietskörperschaften muß wiederbelebt werden. Vor Ort weiß man am besten, was dringlicher ist. So könnte auch das örtliche Handwerk belebt werden. Vor allem ist die Notwendigkeit einer Deregulierung und Vereinfachung der Verwaltung zu bedenken. Eine Investitionspauschale könnte dazu beitragen.

Herr Ringstorff, ein anderes Gebiet für diese Bilanz ist das Problem der inneren Sicherheit.

Viele Bürger fühlen sich unsicher. Da muß man natürlich einrechnen, daß der subjektive Eindruck ein anderer ist als der objektive Fakt. Statistisch haben wir zwar weniger Verbrechen zu verzeichnen, aber das darf uns kein Trost sein. Der Ansatz müßte doch wohl Verbrechenbekämpfung sein. Ich sehe zwei Ansatzpunkte: Zum einen - das Zusammenwirken von Polizei und Justiz muß deutlich verbessert werden. Es frustriert die Polizei, Straftäter zu verhaften, die nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß sind und die Verhandlung vor Gericht sich oft bis zu zwei Jahren hinzieht. Zweitens - die Polizei ist unterbesetzt, deshalb muß man zusehen, daß die Polizei von artem Fremden Aufgaben entlastet wird. So sollten Büro- und Verwaltungsarbeiten von anderen wahrgenommen werden als von ausgebildeten Polizisten.

Der Umgang mit dem Problem

## Bündelung der schwindenden Kräfte

Die Vereinigung der Grünen mit dem Bündnis '90 war ohne Alternative

Wo bleiben die gewohnten Skandale? Nichts mehr davon im „anderen Deutschland“, als das sich die neu vereinigte Partei Bündnis '90/Die Grünen empfindet. Jetzt also wieder neu, nachdem mit den ersten gesamtdeutschen Wahlen das grüne Jahrzehnt mit einem Seufzer zu Ende gegangen war. Die Grünen hatten im Wahlkampf versucht, der deutschen Frage auszuweichen, - im Glauben, ihre Klientel sei der Wiedervereinigung abhold. Die grünen Wähler waren aber etwa so versichert über die deutschen Optionen wie die grüne Parteibasis und hätten wahrscheinlich Klarheit der schlichten Verweigerung vorgezogen.

Vor allem aber rächte sich der Versuch, der Eingemeindungspolitik der anderen Parteien das ganz Andere entgegenzusetzen: Statt sich mit dem Bündnis '90 zusammenzutun, wollte man es richtig und ehrenwert machen und beschloß eine Einigung erst für den Tag nach der Wahl.

Dieser Einigungsprozeß mit den ostdeutschen Bürgern geht erst jetzt in die Endphase. Es hieß die Beweglichkeit der westdeutschen Grünen zu überschätzen, wenn man wirklich von ihnen erwartet hätte, daß ihnen der Zusammenschluß Anlaß zur Erneuerung sein würde. Aber immerhin: Seit dem Austritt der radikalen Parteiflügel haben sich die Reibungsflächen mit den ostdeutschen Dissidenten verringert. Das Mißtrauen gegen sie und die Verweigerung positiver Beiträge zum Jahrhun-

dertauftrag der deutschen Einigung haben sich abgebaut. Auch bei den neuen Partnern vom Bündnis '90 hat sich manche Empfindlichkeit abgeschliffen: Noch immer wünscht man sich dort eine offensivere Abrechnung der Grünen mit der eigenen Vergangenheit, noch immer ist man lieber „quer“ zu allen Parteien als „links“, noch immer mag man den Ton nicht, den die grünen Streithähne pflegen.

Die Grünen folgen aber lieber den Analysen der Wahlforscher, denen zufolge die Wähler schon lange „links“ mit Freiheits- und Menschenrechten, nicht aber mit Staatssozialismus identifizieren. „Quer“ kommt da nicht an. Joschka Fischer und andere wollen den linken Platz besetzt halten. Das Bündnis '90 besetzt jetzt mit.

Ob die neue Schlagkraft reichen wird? Die Schwäche der Regierung kommt nicht automatisch einer erbärmlich agierenden Opposition zugute. Vor allem aber: Rezzion und die Kosten der Einheit bedrohen insbesondere die Klientel der westdeutschen Grünen, diesen neuen Mittelstand, der unter der Einschränkung öffentlicher Ausgaben am meisten leidet. Auf dessen Loyalität ist nicht unbedingt zu setzen.

Schade wär's. Denn wenn auch der neue grüne Riese nicht gerade schon das „andere Deutschland“ repräsentiert, so wäre es doch ohne ihn in Deutschland ganz schön anders.

Cora Stephan

Tränen flossen und es wurde auch ein bißchen gestrickt, als das große Werk endlich endlich geschafft war und aus den beiden Winzlingen in Deutschlands Parteienlandschaft ein etwas größerer Winzling wurde via Zusammenschluß: BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN. Das ist erwähnenswert: Es war ein Zusammenschluß und nicht Vereinnahmung, wie bislang die Ehen zwischen Ost- und Westparteien ausfielen, über den Weg zum Miteinander wurde lange und zäh gerungen.

Die Ursache für solche Hochherzigkeit dürfte vor allem darin zu suchen sein: Das ostdeutsche Bündnis '90 sitzt im Gegensatz zu den westdeutschen Grünen im Bundestag. Es stand also einiges auf dem Spiele. Wäre der Zusammenschluß nicht gelungen, hätten beide Parteien ihre endgültige Bedeutungslosigkeit, zumindest was die Bundesebene angeht, beschlossen.

Mit Recht können die Aktivisten der Wende für sich reklamieren, sie hätten das geschafft, wovon andere träumen: einen historischen Umschwung. Doch für allzu großes Pathos gibt es eigentlich keinen Anlaß. Die Revolution blieb im Ansatz stecken. Programmatisch ist nicht gearbeitet worden. Es bleibt abzuwarten, ob beiden Parteien vereint mehr gelingt als einst den Grünen Westdeutschlands. Auch sie haben einst eine Wende initiiert: Die politische Kultur der Bundesrepublik wäre ohne die Bürgerrechtler, die seit Ende der 60er Jahre daran ging,

die Welt zum besseren zu verändern, kläglich geblieben. Aber allem guten Ansatz zum Trotz, am Ende waren die Grünen ein in Flügelkämpfen aufgeriebener Haufen von älteren Herrschaften geworden, angepaßt, eingepaßt in ein bürgerliches System, zur politischen Bedeutungslosigkeit verkommen.

Da kamen die Bürgerrechtler aus dem Osten gerade recht. Durch den Mythos der großen Tat '89 und die Pietät der etablierten Politik, die dem Osten einen Bonus zur Bundestagswahl einräumten, hält das Bündnis '90 Abgeordnetenbänke warm. Es muß bezweifelt werden, daß jetzt gelingt, was dieser Republik tatsächlich dringend fehlt, eine Partei von Bürgern, die eine Wächterfunktion wahrnimmt und verhindert, daß demokratische Tugenden nicht zur Disposition stehen, daß ökologische Ziele nicht aus den Augen verloren werden. Ob der Weg in die Parlamente da immer der Stein der Weisen ist, bleibt zu beweisen.

Der erste Wermutstropfen bestärkt diese Zweifel. Nicht ganz zu Unrecht hat Christine Weiske enttäuscht das Handtuch geworfen: Dem Bündnis '90 sind Zugeständnisse gemacht worden, die nicht von demokratischer Tugend gezeichnet sind. Zwar wird jetzt mit feuchten Augen betont, daß es einzigartig sei, daß hier eine Kraft aus dem Osten nicht vereinnahmt wurde. Den Ost-Grünen erging es da anders, sie wurden einfach abgeschlossen und fertig.

rm

des Rechtsradikalismus hat für die politische Kultur unseres Landes wenig Hoffnungsvolles gebracht.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der die Ereignisse von Rostock untersuchen soll, kommt sehr schleppend voran. Wir haben im Land kein Gesetz, daß die Arbeit von Untersuchungsausschüssen regelt. Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag bestimmen das Verfahren. Darin liegt die Ursache, daß der eigentlich wichtigste Zeuge, der Innenminister, bis heute nicht gehört wurde.

In unserm Land werden bundesweit die meisten Gewalttaten durch Rechtsradikale verübt. Wäre es denn nicht nun Zeit für die Opposition zu handeln? Sie haben doch das Mittel der aktuellen Fragestunde im Parlament!

Eine aktuelle Stunde hielte ich für angebracht. Das Problem ist bislang heruntergespielt worden. Doch die Zahlen sprechen für sich. Das gibt uns als Sozialdemokraten zu denken.

Dann wäre es doch Ihre Pflicht einzugreifen.

Das Procedere schreibt vor, daß die Fraktionen in Reihenfolge des Vorschlagsrecht für eine aktuelle Stunde haben. Wenn wir wieder das Vorschlagsrecht haben, spätestens dann wird dies Thema auf die Tagesordnung kommen. Ich hab mehrfach beklagt, daß führende Politiker auf dem rechten Auge blind waren und sind. Wenn es sich überhaupt noch um Anfänge auf dem rechten Spektrum handelt, dann muß ihnen schleunigst geholt werden.

Wie?

Man muß in diesem Zusammenhang über die wirtschaftliche Situation sprechen. Rechtsradikalismus findet immer dann fruchtbaren Nährboden, wenn es Schwierigkeiten im Bereich der Wirtschaft und der Beschäftigung gibt. Und mancher wird tatsächlich in seinem Frust über die allgemeine Situation eher bereit sein, rechtsradikalen Parolen sein Ohr zu öffnen, als wenn er in einem sicheren Arbeitsverhältnis wäre. Das zeigt ja auch die Geschichte.

Damit wären wir eigentlich wieder am Ausgangspunkt unseres Gespräches angekommen, wenig Erfreuliches aus Mecklenburg-Vorpommern...

Interview: Regine Marquardt

Impressum:

MECKLENBURGER  
AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation  
veröffentlicht unter der Lizenznummer 76.  
ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und  
Chefredakteurin:  
Regine Marquardt

Redaktion:  
Politik: Regine Marquardt  
Wirtschaft/Umwelt: Michael Will  
Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren:  
Agelier, Korf Bäk, Catherine Doose,  
Bernd C. Hesslein, Uwe Jahn, Helmut Kater,  
Dr. Udo Knapp, Franz Maag,  
Meir Mandelboom, Holger Panse,  
Waldemar Schlegel, Dr. Cora Stephan,  
Dorothee Trapp.

Verlag:  
Mecklenburger Verlag GmbH  
Puschkinstraße 19  
2750 Schwerin  
Telefon: 8 33 88 / 21 49 52

Verlagsleitung:  
Hans-Ulrich Gienke  
Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz:  
Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz:  
EDV-Satzstudio D. Roggentin  
Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken.  
Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

# Störfaktoren oder Sinn des Lebens?

Vom gesellschaftlichen „Wert“ des Nachwuchses

„Sie singen nicht; sie sprechen nicht mit ihm; sie versuchen nicht, seine Sinne anzuregen; sie machen keine Anstrengungen, ihre Gefühle durch Fröhlichkeit oder die kleinen Neckereien mütterlicher Güte zu entwickeln.“ Die Rede ist von Müttern und deren Umgang mit ihren Kindern - gewöhnlich von Rabenmüttern. Der Textauszug entstammt einem Bericht über französische Familien im frühen Mittelalter. Nachzulesen in Edward Shorters „Die Geburt der modernen Familie“. Shorter referiert Familiengeschichten aus einem düsteren Zeitalter - und handelt sich mit historischen Belegen unversehens bis ins Zwanzigste Jahrhundert.

Heute ist das alles anders, nicht nur in Frankreich, sondern natürlich auch in Deutschland. Singende Mütter an Kinderbetten mögen zwar in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts so rar sein wie vor siebenhundert Jahren, und auch die Gespräche mit Kindern gehen öfter nahtlos von „Ei-die-Dutz!“ in das nachahmliche „Wie oft habe ich dir das schon verboten!“ über. Aber niemand könnte behaupten, daß die Sinne der Kleinen nicht angeregt würden: Von Null bis Zwanzig bräuchten Kinder eher ein Dutzend statt der üblichen fünf Sinne, um das Bombardement der Eindrücke auch nur halbwegs zu verdauen. Immerhin singt und quäkt und quengelt es von früh bis spät aus allgegenwärtigen Lautsprechern, aus den Bächen von Puppen, aus den Chips von Videospiele, aus Computern. Und die Sache mit der Güte wird an Heiligabend und zur Geburtstagsfeier abgehandelt: Je reicher bestückt der Gabentisch, desto größer die Güte.

Im Mittelalter hatten Kinder kaum einen Stellenwert. Was nicht wunderte, kamen doch auf zehn Elternpaare immerhin 74 der Plagegeister, von denen freilich kaum die Hälfte auch nur das Krabbelalter erreichte. Mütter und Väter, vor dem Hintergrund einer Lebenserwartung von kaum mehr als 30 Jahren, meist in jenem Alter, das wir heute als „heranwachsend“ bezeichnen, hatten weder Zeit noch Lust, sich um das Gewimmel zu kümmern. Erst wenn die Sprößlinge gewissermaßen „aus dem Größten heraus“ waren, begannen sich auch die Eltern für sie zu interessieren - als Arbeitskraft, möglicherweise als Ernährer für ein kurz bemessenes Altenteil. Es wäre eine verklärende Illusion, würden wir unseren frühen Alvordern unterstellen, sie hätten dem Nachwuchs so etwas wie einen jahrelangen Schonraum eingeräumt, seine geistige, seelische oder auch nur körperliche Entwicklung gefördert. Kindheit war da nicht.

Keine Frage, die fürsorgliche, beschützende Liebe von Eltern zu ihren Kindern ist vor solchem Hintergrund ein Luxusgut moderner Gesellschaften. Denn nüchtern betrachtet ist Nachwuchs nicht nur unerhört teuer, er behindert mit seinem Versorgungsanspruch das berufliche Fortkommen und die Erwerbstätigkeit zumindest eines Elternteils. Die Freizeit wird ausgerechnet in den aktivsten Jahren eingeschränkt, es sinkt die Lebensqualität bisweilen unter das Maß des Erträgliches - soweit es in Mark und Pfennig gemessen werden kann. Gleichzeitig klettern die gesellschaftlichen Erwartungen: Die Kids von heute sollen so fit sein, daß sie morgen auch die versorgen können, die heute gegen „ewigen Kinderlärm“ vor höchste Richter ziehen.

Der Zusammenhang zwischen den immer selteneren „Krümeln“ auf der Straße und der noch aktiveren Generation droht immer mehr verloren zu gehen. Kaum jemand sieht Kinder noch als Garant einer sicheren Altersver-

sorgung. Die Vollkaskogesellschaft macht den Versorgungsfall zum versicherungsmathematischen Exempel. Rente gibt's dynamisch, mitnichten biologisch, und sie kommt aus einer

**„Die Kids von heute sollen so fit sein, daß sie morgen alle versorgen können.“**

anonymen staatlichen Kasse - der Generationenvertrag, noch vor einem halben Jahrhundert der Inbegriff gesellschaftlicher Solidarität, rückt in den Hintergrund.

Schon deshalb, so scheint es, bleibt die enge menschliche Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern auf die eigene Brut beschränkt; Gesellschaftlichen Wert hat sie entgegen aller vollmundigen Beteuerungen kaum. Noch vor weniger als 100 Jahren genoß eine Familie mit fünf Kindern hohes Ansehen in der Gesellschaft. Erklärungsbedürftig war die Kinderlosigkeit. Das hat sich umgekehrt. Welches Ansehen Familien mit mehr als fünf Kindern in unserer Gesellschaft genießen, davon kann sich jeder im nächstgelegenen „Sozialen Brennpunkt“ ein eigenes Bild machen - dort nämlich leben die meisten von den gerade noch anderthalb Prozent „Kinderreichen“, die ein Spötter - ebenso zynisch wie zutreffend - als „Kinder-Arme“ bezeichnet. Die engen Wohnsilos, wo sich bisweilen Kinder eher im Fahrstuhl als im eigenen Wohnzimmer verlaufen, gelten nur nachdenklichen Zeitgenossen wenigstens als eine Art Aufzuchtanstalten für ein künftiges Heer von Werktätigen.

Es bedarf wohl wirklich eines überreich liebenden Herzens, sich den doppelten Luxus zu leisten, einerseits mehr als die gerade noch verträglich erscheinenden 1,3 Kinder in die Welt zu setzen und dieser Welt andererseits die Stirn zu bieten und auf so u n a b d i n g b a r scheinende Dinge wie Eigenheim und Pkw, Home-Computer und Skiurlaub zu verzichten. Denn insofern ist nichts anders geworden in diesen zurückliegenden hundert oder auch siebenhundert Jahren: Früher trug Wohlstand Namen wie Karl und Egon; heute heißt er Sony und Daimler.

Natürlich leben Familien mit Kindern nicht im luftleeren Raum. Wenn ihnen bisweilen auch die Luft zum Atmen fehlen mag. Möglich, sie würden auch gerne in die Karibik jetten oder alle zwei Jahre einen Neuwagen fahren. Doch: Obwohl die Eltern der rund neun Millionen Kinder unter 15 Jahren sicher nicht weniger arbeitsam sind, liegt doch ihr Einkommen im Schnitt um ein Viertel niedriger als bei Kinderlosen; wer fünf oder mehr Kinder zu versorgen hat, muß gar mit 40 Prozent weniger zurechtkommen. Die „Deutsche Liga für das Kind“

und der „Deutsche Kinderschutzbund“ monieren unisono seit Jahren, daß seit 1981 immer mehr Familien unter Sozialhilfeniveau abrutschen. Und auch der Bielefelder Soziologe Franz-Xaver Kaufmann beklagt eine „schleichende Verarmung kinderreicher Familien“. Die Caritas und das Diakonische Werk nennen es noch deutlicher beim Namen: „Verelendung“. Schon bald, so ein sachkundiger Sachbearbeiter im Münchner Sozialamt, sei „absehbar, daß auch Familien mit Kindern unter Brücken nächtigen müssen.“

Man muß allerdings keineswegs „kinderreich“ sein, um durch Kinder ärmer zu werden. Der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bonner Familienministerium legte dazu ein simples Beispiel vor:

Zwei Ehepartner verdienen vor der Geburt ihres Kindes monatlich jeweils 2 700 Mark brutto. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bleiben ihnen 3 398 Mark. Nach der Geburt des ersten Kindes sinkt, bei nur mehr einem Verdienst, das verfügbare Einkommen einschließlich aller Familienleistungen auf 1 941 Mark; eben 57 Prozent des bisher verfügbaren Geldes. Damit aber müssen jetzt drei statt zwei Personen leben. Nicht selten muß davon auch eine höhere Miete für eine größere Wohnung bezahlt werden. Sozialer Abstiege ist programmiert - trotz Erziehungsgeld, Kindergeld, Wohngeld.

Der Bevölkerungswissenschaftler Erich Dessai bringt es auf den Punkt: „In unserem Land gibt es zwei Klassen. Die mit und die ohne Kinder. Die einen haben mehr Arbeit, die anderen mehr Geld. Die einen zahlen zeitlebens mit Verzicht, die anderen genießen ebenso zeitlebens.“ Der Anthropologe Klaus C. Conrad resümiert die bundesdeutsche Wirklichkeit: „Der größere Teil unserer Gesellschaft ist eher als kinderfeindlich anzusehen.“

fas-Umfragen, finden, daß es deutschen Kindern gut gehe. 39 Prozent sind sogar überzeugt, es gehe ihnen besser als anderswo. Sogar wenn es um die Spielmöglichkeiten der Kids geht, zählen sich die Bundesbürger zur Weltspitze. Wunderlich in einem Land, in dem objektiv 600 000 Kindergartenplätze fehlen, genormte Spielplätze zu Hundeklos zweckentfremdet und sogar Schulhöfe qua Ratsbeschluß zur Hälfte zu Lehrer-Parkplätzen umgewidmet werden.

Aber die Umfrageergebnisse können nicht verwundern, denn mit bemerkenswerter Selbstgefälligkeit hält eine satte 57-Prozent-Mehrheit die eigene Erziehung für sehr gut. Und gar mehr als neun von zehn Bundesbürgern behaupten, Kindern wenn nicht immer (22 Prozent), so doch meistens (69 Prozent) „ein Vorbild“ zu sein. Bei so viel optimistischer Nabelschau verwundert es nicht, daß eine 62-Prozent-Mehrheit unter den Eltern von Kleinkindern die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt als „für Kinder günstig“ einschätzen. Knapp 50 Prozent zeigen sich überzeugt, hierzulande würde viel oder gar mehr als genug für Kinder getan. Anders die notorischen Abweichler in den neuen Bundesländern - dort sind 71 Prozent der Meinung, es würde zu wenig getan.

Daß die Wirklichkeit sich so befremdlich von den positiven Einschätzungen unterscheidet, muß etwas mit jener Bewußtseinspaltung zu tun haben, die auch in anderen Bereichen, die mit Familie und Kinder zu tun haben, offenkundig wird: 85 Prozent der Bundesbürger erklären, daß zum Glücklichersein auch Kinder gehören, ebenso viele bekennen sich zur Familie als sinnstiftender Einrichtung. Rückläufige Zahlen bei den Eheschließungen, wuchernde Scheidungsraten, tendenziell absackende Geburtenziffern sprechen eine völlig andere

ren: Es gibt zwar dreimal mehr Autos als Kinder in der Bundesrepublik - trotzdem werden ungleich mehr Prozesse um Kinder als um Verkehrslärm geführt. Es bedurfte hierzulande eines höchstrichterlichen Urteils für die blanke Selbstverständlichkeit, daß „Lachen zu den natürlichen Lebensäußerungen eines Kindes“ gehört. Nie gab es einen Aufschrei der Empörung. Bei vier von fünf Streitereien unter Nachbarn geht es um Kinder. Nicht immer gewinnen die Kinderrechte.

Kinder kommen hierzulande ungleich häufiger buchstäblich unter die Räder als in jedem anderen vergleichbaren Land.

**„In unserem Land gibt es zwei Klassen. Die mit und die ohne Kinder.“**

Bei sexuellem Mißbrauch von Kindern und der Gewalt gegen Kinder nimmt die Bundesrepublik wahrscheinlich zumindest einen europäischen Spitzenplatz ein, auch wenn die verbreiteten „Schätzungen“ von 300.000 Opfern überzogen sein mögen. Nirgendwo ist die Kindheit so sehr von Verboten, Geboten und Gefährdungen verstellt wie bei uns. Und nirgendwo wird so viel Geld für die Erfüllung von Kinderwünschen ausgegeben. Glaubt man Jugendforschern, dann gibt es auch keine geschäftsfreiere Zone in unserer Gesellschaft als die Kinderzimmer. Dort haben eher Lautsprecher das Sagen, was dann nahtlos von Benjamin Blümchen zum Hardrock aus welcher Ecke auch immer übergehen kann.

Ordnung, Fleiß und Gehorsam sind immer noch das halbe Leben, oft das ganze. Aber Wunsch und Wirklichkeit klaffen vielfach auseinander: In Emnid-Umfragen erklärte jeder zweite Deutsche, „Selbständigkeit und freier Wille“ seien vorrangig Erziehungsziele. Das klingt gut, vermittelt den Eindruck von partnerschaftlichem Umgang der Eltern mit den lieben Kleinen. Soviel scheinbare Großzügigkeit verdeckt allerdings leicht, daß an die Stelle des alten autoritären Erziehungsprinzips vielfach so etwas wie ein schwarzes Loch getreten ist: Den Kids wurde widerwillig eine

Spielwiese in der Erwachsenenwelt freigeschaufelt, wo man sie bequem allein lassen konnte mit all den Segnungen aus der bunten weiten Welt des Konsums. Geblieben freilich ist das alte Motto der Erwachsenenwelt: „Stört uns nicht bei unseren wichtigen Verpflichtungen!“ Organisationen wie die „Aktion Jugendschutz“ oder die „Gesellschaft für Jugendpsychiatrie“ erfahren von Kindern, daß die Eltern „meist autoritär“ entscheiden - bis weit in den Freizeitbereich hinein. Dabei geht es allenfalls um tertiäre Tugenden:

Als sozial und seelisch vernachlässigt gilt mittlerweile jedes fünfte Kind, wie die Aktion Jugendschutz - undemontiert bislang - feststellt; wenigstens acht Prozent seien eigentlich psychiatrischer Hilfe bedürftig. Ebenso wenig Widerspruch erhebt sich, wenn der Professor Franz-Xaver Kaufmann resümiert: „Neben Flüchtlingen, Behinderten und Alten sind Kinder die machtloseste Gruppe in der Gesellschaft.“ Dieser Ohnmacht sind sich die Kids durchaus bewußt: Zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen geben an, daß sie sich Sorgen um ihre Zukunft machen. Ebenso viele zucken allerdings auch die Achseln - mehr als ihren vollen Einsatz können sie nicht bringen. Jeder vierte Schüler - in allen Altersstufen - fürchtet vor allem, elterlichen Erwartungen nicht gerecht zu werden. Erwartungen freilich, die wenig zu tun haben mit dem Schonraum „Kindheit“, die geprägt sind von Erwachsenen-Ehrgeiz, erwachsenem Leistungsdenken. Panisch die Angst vor dem Sitzenbleiben, vor schlechten Noten, vor dem Versagen am Klavier, auf dem Tennisplatz, bei der teuren Nachhilfe. Kinder, die es nach dem Willen ihrer Eltern einmal besser haben sollen, müssen offenbar erstmal besser „sein“ als ihre Eltern. Und „besser“ wird immer übersetzt mit konkurrenzlos.

In einer materiell bestimmten Gesellschaft muß der radikale Schnitt im Lebensstandard Rückwirkungen haben. Was seit mehr als zwei Jahrzehnten unter so erschrockenen Fragestellungen wie: „Sterben die Deutschen aus?“ Schlagzeilen füllt, nämlich die dauerhaft negative Bevölkerungsbilanz, ist nur eine dieser Rückwirkungen. Dramatischer und augenscheinlicher sind die Folgen, die der soziale Minderwert von Kindern in deren Köpfen anzurichten imstande ist. Auf deutschen Straßen, in deutschen Kinderzimmern ist derzeit eine Kindergeneration zu besichtigen, die von Fachleuten unwidersprochen als „vernachlässigt bis verwahrlost“ bezeichnet wird: Am einen Ende der Skala stehen die quicken Kids, wohlversorgt und materiell gehätschelt wie keine Generation vor ihnen, am anderen Ende die deklassierten, die nicht einmal als Konsumenten geschweige denn als Leistungsträger von morgen taugen. Eine traurige Gesellschaft, die erst vom Rauchgeruch wach wird.

Ulrike Zielke



Foto: Rainer Cordes

Was, natürlich, nichts mit all jenen niedlichen Babys zu tun hat, die man sich als putzig ausgedrückt, ebensowenig wie mit den niedlichen präsexuellen Objekten obskurer Begierde, die mitunter in TV-Shows daran erinnern, daß es ein Leben vor der Karriere gab.

Die Deutschen, zumindest im Westen, sind da sowieso völlig anderer Meinung. Sie halten Deutschland für ein kinderfreundliches Land; im Vergleich zu anderen Ländern offenbar geradezu für ein Kinderparadies: 58 Prozent, so ergaben neueste In-

Sprache. Was in einem höheren Verständnis als „Sinnerfüllung“ herausgestellt wird, reduziert sich im Alltag auf einen Störfaktor. Kinder werden, so sie sich nicht als kleine Erwachsene gebärden, weithin als lästige und teure Anhängsel, schlimmstenfalls als Landplage angesehen. Das höchste Lob, das Erwachsene Kindern zuteil werden lassen, ist denn auch jenes der „Pflegerlichkeit“.

Wer das nicht glauben mag, den belehren Statistiken, Umfrageergebnisse und soziologische Untersuchungen eines schlechte-

## Bildung/Soziales

### Ärger mit der Altersgrenze

Arbeitsverhältnisse enden entgegen landläufiger Meinung nicht automatisch mit dem Erreichen eines bestimmten Alters. Auch nicht zu einem Zeitpunkt, zu dem ein Arbeitnehmer seine Altersrente in Anspruch nehmen kann. Diesen Standpunkt vertritt jedenfalls die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU).

Die Dachorganisation stützt sich dabei sowohl auf den Paragraphen 41 Absatz 4 Sozialgesetzbuch VI, der in dieser Fassung durch die Rentenreform zum 1.1.1992 in das Sozialgesetzbuch eingeführt wurde, als auch in die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes. Dessen Großer Senat hatte bereits am 7. November 1989 entschieden, daß „die Möglichkeit, über das Ende eines Arbeitsverhältnisses entscheiden zu können, für den Arbeitnehmer ein rechtlicher Vorteil sein soll“. Nach dem Verständnis des Großen Senats des BAG soll eine solche Altersgrenzenregelung „für den Arbeitnehmer umso günstiger sein, je länger er die Wahlmöglichkeit zwischen Arbeit und Ruhestand hat“.

Nach Auffassung der ASU ist demnach eine nicht vorhandene oder eine unwirksame einzelvertragliche Regelung günstiger als eine in einer Betriebsvereinbarung festgelegte Altersgrenze. Denn nach dem Vertrag hätte es der Arbeitnehmer in der Hand, selbst zu entscheiden, ob er - beispielsweise - mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres ausscheiden oder weiterarbeiten will. Ein Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis bei Erreichen eines bestimmten Alters kann dieser Rechtsprechung zufolge nur durch Kündigung oder einvernehmliche Vereinbarung erfolgen. Weiter unterschreiben Arbeitsrechtler, daß das Errei-

chen des 65. Lebensjahres für sich genommen kein „personenbedingter“ Kündigungsgrund ist. Nur weil jemand 65 Jahre alt geworden ist, muß er nicht mit dem Arbeiten aufhören. Eine personenbedingte Kündigung kommt danach nur in Frage, wenn die Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers altersbedingt dermaßen eingeschränkt ist, daß er „die von ihm geschuldete Arbeitsleistung“ nicht mehr ordnungsgemäß erbringen kann. Allerdings muß der normale, altersbedingte Leistungsabfall vom Arbeitgeber hingenommen werden.

Zwar heißt es im neugefaßten Paragraphen 41 des 6. Sozialgesetzbuches, daß die vertragliche Definition des Zeitpunkts, zu dem ein Arbeitsverhältnis enden soll, nur gültig ist, wenn die entsprechende Vereinbarung in den vorangegangenen drei Jahren abgeschlossen „oder vom Arbeitnehmer bestätigt worden ist“. Doch gibt es noch keine höchstrichterliche Entscheidung, ob „Vereinbarung“ nur für Einzelverträge oder auch für Tarifverträge gelten soll. Bei der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß das Erreichen der Altersgrenze als auflösende Bedingung (für einen Arbeitsvertrag) entfällt, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Denn: Eine solche Bedingung verstößt seit dem 1.1.1992 gegen ein gesetzliches Verbot und ist deshalb unwirksam. Wenn ein Arbeitnehmer zuvor die Bestätigung für die Vereinbarung - etwa darüber, daß das Arbeitsverhältnis mit dem Erreichen der Altersgrenze für die gesetzliche Rente endet - verweigert, so gilt die Vereinbarung für ihn nicht. **Albin Andree**

### Tariferhöhung mit gemischten Gefühlen

Während sich die größte Zahl aller Arbeitnehmer bei ihren Gehalts- oder Lohnforderungen auf Tarifverträge stützen, gibt es einen Teil der Arbeitnehmer, welche für sich persönlich eine höhere Vergütung ausgehandelt haben. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs bedarf es dafür - wenn auch die Arbeitsleistung stimmt - gemeinhin keiner großen Überredungskünste. Ein verständlich kalkulierender Arbeitgeber wird seinem Mitarbeiter, mit dem er zufrieden ist und den er an den Betrieb binden will, einen Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung des Unternehmens nicht verweigern. Üblicherweise wird daher eine sogenannte übertarifliche Zulage vereinbart, deren Höhe je nach Branche durchaus beträchtlich sein kann.

Nun wird aber gemeinhin ein erreichtes Niveau der Vergütung ungerne von den Arbeitnehmern wieder aufgegeben. Regelmäßig haben sie ihre Lebensplanung nach den nunmehr über einen gewissen Zeitraum erhaltenen Bezügen eingerichtet und müßten sich bei einer Anpassung der Bezüge an die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes einschränken. Für den Arbeitgeber ergibt sich damit das Problem, das in wirtschaftlich guten Zeiten erreichte Vergütungsniveau geänderten Bedingungen anzupassen. Der dornige Weg über eine Änderungskündigung mit der Möglichkeit für den Arbeitnehmer, eine Änderungskündigungsschutzklage zu erheben, wird regelmäßig nicht beschritten. Eine andere Möglichkeit zur Anpassung eröffnet die regelmäßige Erhöhung der tariflichen Bezüge. Der gut informierte Arbeitgeber wird daher bereits bei Bewilligung einer übertariflichen Zulage auf die Möglichkeit hinweisen, daß im Falle von Tarifierhöhungen die übertarifliche Zulage mit dieser Tarifierhöhung verrechnet werden kann. Das Bundesarbeitsgericht hat nunmehr entschieden (AZ.: 1 AZR 235/90), daß eine derartige Anrechnung zulässig ist. Die Klage war von einem Zeitungsredakteur erhoben worden, der bei seiner Einstellung eine übertarifliche Zulage ausgehandelt hatte. Im Laufe der Zeit

war diese Zulage immer weiter geschmupft, weil der Arbeitgeber diese mit Tarifierhöhungen verrechnet. In seiner Urteilsbegründung stellte das Bundesarbeitsgericht darüber hinaus auch noch einmal fest, daß diese Anrechnung der Tarifierhöhung auf die außertarifliche Zulage nicht einer Mitbestimmung des Betriebsrates bedurfte. Für den - nicht seltenen - Fall, daß verschiedene übertarifliche Zulagen gewährt werden, sieht das Bundesarbeitsgericht bei Anrechnung auf eine Lohnerhöhung sehr wohl ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates in der Frage, welche Zulage in welcher Höhe angerechnet wird. Wenn jedoch - wie im vorliegenden Fall - nur eine einzelne übertarifliche Zulage gezahlt wurde, ist die Verteilung der Anrechnung eindeutig und ein Spielraum für die Mitbestimmung des Betriebsrates besteht nicht.

**Von Rechts wegen**

**Weihnachtsgeld - wann ist ein Arbeitsverhältnis ungekündigt?** Die Zahlung eines „Weihnachtsgeldes“ oder einer Jahresprämie wird von den Arbeitgebern regelmäßig davon abhängig gemacht, daß der betroffene Arbeitnehmer zu einem bestimmten Stichtag noch ungekündigt im Betrieb tätig ist. Eine solche Regelung ist grundsätzlich zulässig, weil die Zahlung einer derzeitigen Prämie nicht nur eine Vergütung des bisherigen, sondern auch ein Ansporn für den künftigen Arbeitseinsatz sein soll. Angemessen wird daher ein Stichtag bis zum 31.3. des darauffolgenden Jahres sein. Eine Kündigung ist jedoch nicht die einzige Art und Weise, ein Arbeitsverhältnis zu beenden. Vielmehr wird häufig ein Aufhebungsvertrag zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgeschlossen, in dem die Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu einem bestimmten Zeitpunkt verabredet wird. Der Vorteil einer solchen Vereinbarung ist für den Arbeitgeber naheliegend. Er wird regelmäßig nicht mit einem Kündigungsschutzprozeß überzogen.

Der Arbeitnehmer wird im Rahmen einer Aufhebungsvereinbarung deswegen regelmäßig bessere Beendigungsbedingungen für sich aushandeln können als im Falle einer Kündigung. Wenn eine solche Aufhebungsvereinbarung nach Zahlung der Jahresprämie und vor dem Stichtag abgeschlossen wird, kann sich jedoch ein Problem ergeben. Für den Arbeitgeber stellt sich nämlich eine Kündigung und eine Aufhebungsvereinbarung von ihrem Effekt her - der Beendigung des Arbeitsverhältnisses - gleich dar. Er könnte sich daher auf den Standpunkt stellen, die Jahresendprämie sei auch im Falle des Abschlusses eines Aufhebungsvertrages zurückzuzahlen. Das Bundesarbeitsgericht hat in einer neueren Entscheidung (Az.: 10 AZR 186/91) jedoch festgestellt, daß ein Arbeitsverhältnis, über das ein Aufhebungsvertrag abgeschlossen wurde, nicht mit einem „gekündigten“ Arbeitsverhältnis gleichzusetzen ist. Dementsprechend ist im Falle des Abschlusses eines Aufhebungsvertrages vor dem Stichtag die Jahresprämie nicht zurückzuzahlen. Dabei dürfte das Bundesarbeitsgericht auch von den Vorteilen des Arbeitgebers ausgegangen sein, die dieser durch eine solche Regelung in nicht zu unterschätzendem Maße hat. Wenn also Tarifpartner oder einzelne Arbeitgeber in Zukunft eine Jahresprämie auch dann rückzahlbar machen wollen, wenn vor dem Stichtag ein Aufhebungsvertrag abgeschlossen wurde, müssen sie dies auch ausdrücklich so regeln. Im Bereich der Tarifverträge dürften die Gewerkschaften eine solche Ausdehnung der Rückzahlungspflicht verhindern. In einem nicht tarifgebundenen Betrieb muß ein Arbeitnehmer die Konsequenzen vor Abschluß eines Aufhebungsvertrages genau abklären. Der Arbeitgeber muß es sich genau überlegen, ob er die Möglichkeiten, ggf. einen Aufhebungsvertrag mit einem Arbeitnehmer abzuschließen, durch eine Ausdehnung der Rückzahlungspflicht auf diese Fälle einschränken will. **Uwe Jahn, Rechtsanwalt**

## Gefährdete Spiel-Bübchen

Game-Boys und sonstige Computer-Spiele boomen auf dem Markt, obwohl sie gesundheitsschädlich sind

Haben wir's nicht schon immer gewußt? Computer-Spiele wirken auf die ihnen Verfallenen nicht nur verblöndend, sondern mitunter auch noch tödlich. Das besagen Meldungen aus Großbritannien und Japan, woselbst Kinder und Jugendliche wahlweise ohnmächtig oder unter Epilepsie-ähnlichen Zuckungen vor ihren Game-Boys zusammengebrochen und hernach gestorben sind. So soll eine knappe Stunde am „Super Mario“-Spiel des Game-Boy-Produzenten Nintendo schon ausgereicht haben, einen vierzehnjährigen Engländer vom Leben zum Tode zu befördern. Zwar gelten die wenigen bekanntgewordenen Fälle, in denen ein unmittelbarer Zusammenhang von häufigem Computer-Spielen und plötzlichem Tod unterstellt werden könnte, noch nicht als beweis-

kräftig, doch so ganz kann die Geschichte nun auch nicht von notorischen Fortschritts-Feinden zusammengesponnen worden sein: Denn immerhin ermahnen die beiden den Welt-Markt beherrschenden Video- und Computerspiel-Giganten Nintendo und Sega neuerdings die Eltern der kleinen Bildschirm-Fetischisten, die Sprößlinge regelmäßige Pausen einlegen zu lassen und darauf zu achten, daß sie die Augen nicht zu dicht am Bildschirm haben.

Mediziner warnen schon seit einiger Zeit vor den gefährlichen Wirkungen der Video- und Computerspielerei auf Nerven und Gehirn-Funktionen: Unter Computer-Spielern, so der Befund, ist die sogenannte Photosensibilität - eine Krankheit, die hochempfind-

chen der mit den Spielen in Zusammenhang gebrachten Kinder-Todesfälle veranlaßt. In Deutschland, wo weltweit mit die meisten Computer-Spiele verkauft werden, scheinen die Regierenden hingegen nicht beunruhigt, - keine Reaktion aus Bonn. Das wäre ja auch völlig jenseits der politischen Reason dieser Koalition, ausgerechnet der boomenden Unterhaltungselektronik-Industrie in den Arm zu fallen.

Dabei müßte die gesundheitsgefährdende Wirkung des Game-Boy und all der anderen Computer-Spiele eigentlich jedem beim Anblick eines Bildschirm-stüchtigen Teenagers nach mehrstündigem Umgang mit seiner „Droge“ klarwerden: Glasiger, abwesender Blick, fahrigere Bewegungen, übersteigerte, aggressive Reaktionen selbst bei nichtigem Anlaß, - das sind die Symptome der Bildschirm-Krankheit.

Obwohl allenthalben über die Begleitumstände und Folgen dieses neuen massenhaften Sucht-Verhaltens lamentiert wird, als sei's eine Seuche, die aus heiterem Himmel über die Menschheit gekommen ist, schnellen die Verkaufszahlen der einschlägigen Produkte der vorwiegend japanischen und nordamerikanischen Hersteller rekordverdächtig in die Höhe. Und die selben genervten Väter und Mütter, die im einen Augenblick noch über „diese Game-Boy-Krankheit“ jammern und die für die Kinder-Psychologie maßgeschneiderten, „perfiden“ Werbestrategien der Unterhaltungselektronik-Konzerne verdammen, beugen sich schon im nächsten Moment den durch ebendiese „perfide“ Werbung erzeugten Wünschen der lieben Kleinen und kaufen Spiele-Software, was das Zeug hält.

Der Anpassungs-Druck unter den Kindern und Jugendlichen ist groß und wächst zusehends weiter, - wer nicht mindestens einen durch die extreme Winzigkeit seines Bildschirms besonders sinnes-strapazierenden - Game-Boy sein eigen nennen kann, fühlt sich schnell als benachteiligter Außenseiter - und kann die erwachsene Verwandtschaft nicht

selten spätestens mit diesem Argument überzeugen: Das Kind soll schließlich nicht unsere Prinzipienreiterei ausbaden müssen.

Als ebenso probater wie offensichtlich schwachsinniger Rechtfertigungsgrund für den Kauf von Bildschirm-Spielen muß schließlich immer wieder der Verweis darauf herhalten, daß wir nun mal im Computer-Zeitalter leben, - als wäre nicht gerade das ein Grund für erhöhte Vorsicht vor Fehlentwicklungen und für besonders kritisches Konsum-Verhalten.

Die billig, einfalllos und grell zusammengeschusterten Kindersendungen des Kommerz-Fernsehens bringen auf den Punkt, wie man das macht: Breite Einfallsstraßen in's kindliche Unterbewußtsein anzulegen; denn die Räte-Shows und meist US-amerikanischen Primitiv-Serien, die die kindliche Fan-Gemeinde an den Wochenenden schon ab sechs Uhr früh vor der Mattscheibe versammeln, ersetzen die - von den Öffentlich-Rechtlichen immerhin mitunter noch versuchte - Einladung zur Lust an der eigenen kindlichen Phantasie durch eine von Action zu Action hastende Strategie des Festnagelns auf verblörende Schlüsselreize. Diese sogenannten Kindersendungen sind aber eigentlich zu nichts anderem da als dazu, die Staffage für die umfangreichen Werbeblöcke abzugeben, in denen die Unterhaltungs-Industrie die Kinder als formbarsten und darum willigsten und darum lukrativsten Kundenkreis abzockt. In diesem gewinnbringenden Feld stets dick dabei: Nintendo, Sega und all die anderen aus der Computerspiel-Branche.

Es bedarf mitnichten der Vorlage einer statistisch abgesicherten Sterbe-Rate bei jugendlichen Bildschirm-Fanatikern, um nachzuvollziehen, daß die Computerspielerei nicht nur gemüts- sondern auch gesundheitsschädigend ist. Die Befürchtung liegt aber nahe, daß nicht einmal eine solche Statistik die Bundesregierung veranlassen könnte, der einschlägigen Industrie auf die Füße zu treten. **m. w.**

liche Reaktionen auf die aus dem Bildschirm blinkenden Lichter mit sich bringt - erheblich verbreiteter als bei der Durchschnitts-Bevölkerung. Zusätzlich gefährdet sind nach als gesichert geltenden Erfahrungs-Werten epileptische Kinder.

Sowohl die britische als auch die japanische Regierung haben Untersuchungen über die Ursa-

### Kindererziehungszeiten in Europa

Ein Umzug in's Ausland soll deutsche Frauen künftig nicht mehr benachteiligen. „Rentenbestimmende Kindererziehungszeiten“ werden nun auch im EG-Ausland anerkannt - und zwar als „Pflichtbeitragszeit“ in der gesetzlichen Rentenversicherung - rückwirkend ab 1. Januar 1986, bestätigte ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums. Die Regelung gilt, wenn „das Kind in einem anderen Mitgliedsland der europäischen Gemeinschaft erzogen worden ist“.

Bei Geburten bis zum 31. Dezember 1991 kann ein Jahr pro Kind, bei Geburten ab Januar 1992 können drei Jahre als Kindererziehungszeiten bei der Ermittlung der Pflichtbeitragszeit

berücksichtigt werden, die für die spätere Rentenhöhe entscheidend ist.

Kindererziehungszeiten in einem EG-Mitgliedsland können allerdings nur bei Frauen berücksichtigt werden, die vor der Geburt ihres Kindes eine versicherungspflichtige Tätigkeit in Deutschland ausgeübt haben. Schließlich sollen die mit der Kindererziehung verbundenen Nachteile beim Aufbau von Rentenanwartschaften - wer sich um Kinder kümmert, kann in der Regel nichts verdienen und deshalb auch keinen Rentenversicherungsbeitrag entrichten - in der deutschen Rentenversicherung ausgeglichen werden. Zudem ist für die Berücksichtigung von

Kindererziehungszeiten in einem EG-Land Bedingung, daß die Mutter dem Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt oder einen Erziehungsurlaub nach den Vorschriften des deutschen Bundeserziehungsgeldgesetzes nimmt.

Der Sprecher des Bundesarbeitsministeriums empfahl in diesem Zusammenhang, neue Anträge bei den Rentenversicherungsträgern zu stellen, wenn aufgrund der alten Regelung gestellte Anträge abgelehnt worden sind. Die Ergänzung einer EG-Verordnung habe eine neue Rechtslage geschaffen, die eine neue Entscheidung erlaube.

Claus Tigges

### Verbraucher zur Kasse gebeten

Im Rahmen der Realisierung des Europäischen Binnenmarktes mußte ab 1. Januar die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik von 14% auf 15% angehoben werden. Diese Steuererhöhung dürfte sich zwangsläufig für die Verbraucher auf die Preise auswirken. Davon wird, wie bei allen indirekten Steuern, der sozial Schwache in aller Regel mehr als der sozial Starke betroffen. Damit nicht genug: Nach Angaben aus dem DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) dürfte in diesem Jahr mehr als ein Drittel des zu erwartenden Preisanstiegs auf staatliche Abgaben und Steuererhöhungen sowie Mietpreiserhöhungen zurückzuführen sein.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände in Bonn hat dies noch deutlicher definiert: Demnach wird auch das am 1. Ja-

nuar in Kraft gesetzte Gesundheitsstrukturreformgesetz zu Mehrbelastungen der Verbraucher führen. Zwar liegt auch nach diesen Angaben die Hauptlast der angestrebten Kostendämpfung bei Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern und der Pharmaindustrie. Einen Teil müssen jedoch die Beitragszahler übernehmen.

Dabei verwiesen die Verbraucherverbände auf die höheren Rezeptgebühren und Zusatzzahlungen bei Krankenhausaufenthalten und Kuren sowie die reduzierten Leistungsansprüche etwa im Bereich großer Zahnbrücken. Dazu kommen die bei der Bahn angefallenen Preissteigerungen.

In den alten Bundesländern erhöht sich der Preis für den Bahnkilometer um 4,35%, in Ostdeutschland um 7,15%. Im Nahverkehr kostet das Ticket bis zu 9% mehr, für Monatskarten sind

fast 15% mehr zu zahlen. Die Spar- und Supersparpreise verteuern sich sogar um fast 23%.

In diesem Zusammenhang weisen die Verbraucherverbände auch noch auf die in diesem Jahr vorgesehenen Preissteigerungen bei der Post, wo die neue Tarifstruktur bei Briefen fast durchgängig eine Gebührenerhöhung mit sich bringen wird. Ergänzend dazu dürfte noch anzumerken sein, daß viele Kommunen, die fast ausnahmslos immer tiefer in die roten Zahlen rutschen, wohl auch in diesem Jahr nicht darum herum kommen werden, Gebühren und Abgaben zu erhöhen. Alles in allem: Die Verbraucher müssen sich 1993 darauf einrichten, daß sie - auch von den öffentlichen Händen - spürbar zur Kasse gebeten werden.

Helmut Kater

## Wirtschaft

## Aufgeschminkte Perspektivlosigkeit

Der Beginn der neuen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst weckt alte Erinnerungen: Im vergangenen Jahr waren die Verhandlungen von den schwersten Arbeitskämpfen seit den Siebziger Jahren begleitet und mündeten dann in ein Debakel für die Gewerkschafts-Führung, die zu hoch gepokert hatte und schließlich das gemessene an den Erwartungen mäßige Ergebnis bei der Urabstimmung nicht durchbrachte. Die Vorsitzende Monika Wulff-Matthies gilt seither als innerhalb ihrer Organisation schwer angeschlagen.

Diesmal nun treten die vordem so kämpferischen Gewerkschafter unter Gesten in den Ring, die dem Gegner wie der eigenen mißmutigen Anhängerschaft signalisieren sollen, daß man sich bereits vorab geschlagen gegeben hat: Eine „unspektakuläre“ Tarifrunde, so läßt die ÖTV-Spitze verlauten, strebe man diesmal an, und „kurz“ soll sie auch noch sein. Was ja nichts anderes heißen kann, als daß man an die Gegenseite appelliert, einen nicht gar zu arg zu beuteln. Die Streikkassen sind leer, man hat schier nichts mehr auf dem Hemd, weder Geld noch Kampfgeist, und irgendwas Neues will einem schon gar nicht mehr einfallen. Fünf Prozent mehr für alle und ein monatliches Plus von 150 Mark für die unteren Einkommensgruppen, - das ist fürwahr nicht viel, was Frau Wulff-Matthies da verlangt, wenn man bedenkt, daß sie ja zugleich durchblicken läßt, es so schrecklich ernst gar nicht damit zu meinen. Herauskommen wird am Ende gerade mal so eben eine Drei vor dem Komma plus irgendein Sozial-Element, über das die ÖTV „mit sich reden lassen“ wird, wie es heißt.

Eine stinknormale Tarifrunde also, angesiedelt am unteren Ende der Hinnehmbarkeit für die gefrustete West-Klientel? Leider ja. Beide beteiligten Seiten zelebrierten ohne erkennbare Irritation den Normalfall früherer altpublikanischer Zeiten: Die Arbeitsplatz-Besitzer West sichern ihren Besitzstand, nicht ohne die in gemessenem Abstand hinterherzuckelnden Arbeitsplatz-Besitzer



Ost auch noch ein bißchen mit zu bedienen. Und die Arbeitgeber-Seite - im Falle des öffentlichen Dienstes also immerhin die Regierung - sind auf die offensichtlich hirnrißige Logik eingeschworen, daß man sich in Zeiten derart tiefergreifender Probleme und Konflikte schon gar keine Experimente erlauben kann. Immer so weiter, gelernt ist gelernt. Dabei könnte man sich eigentlich eine grundsätzlichere Herausforderung zum Ablegen der jeweiligen Scheuklappen und zum couragierten Experimentieren als die gegenwärtige europäische und deutsche ökonomisch-politische Krise kaum vorstellen. Aber um neue Bewegungsräume einer die Gesamtgesellschaft einbeziehenden Politik der Tarifparteien zu öffnen, müßte zuerst radikal neu definiert werden, wozu es in oberster Priorität nur gehen kann in der seit 1989 grundlegend veränderten Situation: Solange die Notwendigkeit zum Teilen anstelle sturer Klientel-Bedienung nicht endlich von den wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen anerkannt und in den Mittelpunkt gerückt wird, verküm-

mern die alten Wege der Konfliktregulierung zu Ritualen der Verteidigung der liebgewordenen Illusion gegen die ungeliebte Wirklichkeit.

In der Tat wirkt nichts in der ja an sich mit Herausforderungen zu neuem Denken und zur Bündelung aller gesellschaftlichen Phantasie nur so gepflasterten gesamtdeutschen Szenerie niederschmetternder als das nahezu vollständige Fehlen von Aufgeschlossenheit für Ungewohntes und quer zu den alten Konventionen Liegendes. Ein Großteil des in Ost und West gleichermaßen anzutreffenden, wenn auch geschichtlich und biographisch bedingt je unterschiedlich gelagerten Unbehagens an der Politik und an den politischen Institutionen ist wohl maßgebend darin begründet, daß die Leute die „große Linie“ vermissen, sozusagen einen durchaus moralisch motivierten frischen Unternehmensgeist. Eben das wäre es aber doch vermutlich eher als alles andere, was die Bürger zu wirklicher Solidarität befähigen könnte.

Wenn es was werden soll mit dem vielbeschworenen gesamt-

deutschen Gemeinschaftswerk, dann müssen die Arbeitsplatzbesitzer denen ohne Arbeit die Hand reichen - in West und Ost, von West nach Ost, in der Bereitschaft, die altgewohnten Standards dessen, was „man“ zum guten Leben braucht, zur Disposition zu stellen, neu zu bestimmen, was einem selbst zum Wohlbefinden reicht, auf daß es auch dem Nachbarn reiche. Das ist nicht nur ein Gebot der Ethik, sondern vor allem auch eines der Vernunft: Wenn die Massenarbeitslosigkeit gebremst werden soll, dann müssen die Arbeitgeber bereit sein, weitere Arbeitszeit-Verkürzungen zu akzeptieren; dann müssen aber auch die Arbeitnehmer bereit sein, nicht nur real, sondern partiell auch in absoluten Zahlen weniger zu verdienen als bisher. Jedenfalls sind den Reichen unter den Gehalts-Empfängern - die es ja besonders im Westen nicht zu knapp gibt - nachhaltige Einkommens-Verluste zuzumuten. Wer derart bereit ist zum Sprung über den eigenen Schatten, dem wäre dann auch zuzutrauen, daß ihm der sogenannte Solidarpakt mehr und anderes bedeutet als ein preiswertes Instrument zur Überbölung der jeweils anderen Couleur. All das vermissen wir aber im Marschgepäck der Kontrahenten in der gerade begonnenen Tarif-Auseinandersetzung.

Die Politik der Regierungen im Bund und in den Ländern - wahrlich auch in den sozialdemokratisch regierten -, nicht minder aber die der Gewerkschaften dümpelt an den Anforderungen und Chancen der Solidarität vorbei vor sich hin. Daß die Bonner Koalitions-Akteure sich jetzt bei den Ärmsten - den Sozialhilfe-Empfängern - bedienen wollen, statt aus dem eigenen liebevoll gepflegten Fundus Substanz einzubringen, beleuchtet, ja illuminiert geradezu die für ihre Auftritte auf der Bonner Bühne mühsam aufgeschminkte Perspektivlosigkeit, unter der wir leiden. Die Gewerkschaften täten aber gut daran, sich darüber nicht allzu laut aufzuregen. Ihre Politik ist aus dem gleichen Holz geschnitzt.

## „Schon mal auf die Zehen“

Interview mit Treuhand-Vizepräsident Hero Brahm

## Unternimmt die Treuhandanstalt etwas gegen die Anzeichen der De-Industrialisierung?

Zweifellos war Ostdeutschland im Vergleich zum Westen überindustrialisiert und in altindustriellen Strukturen erstarrt. Das verdeutlicht den immensen Veränderungsbedarf hin zu modernen, wettbewerbsfähigen Strukturen. Wenn aber die westdeutsche Stahlbranche den Stahlstandort Eisenhüttenstadt als überflüssig ansieht, sagen wir: mit EKO steht und fällt eine ganze Region. EKO muß bleiben. Und wenn wir die prinzipiell sanierungsfähige EKO jetzt noch nicht privatisieren können, bleibt EKO unter dem schützenden Dach der Treuhandanstalt, wird weiter saniert und erhält seine faire Chance. Wenn westdeutsche Konzerne meinen, eine Chemieindustrie in Ostdeutschland sollte nur als eine Art „Ergänzungswerk“ existieren, sagt die Treuhandanstalt dazu entschieden nein. Die Chemie-Region Buna, Leuna, Bitterfeld, dieses Dreieck, muß erhalten bleiben. Dort gibt es hochqualifizierte Chemiarbeiter, Ingenieure, Know-how und es gibt Investoren unter anderem auch aus dem Ausland, die den Standort Ostdeutschland als „wertvolles Pflaster“ schätzen. Wir stehen fest an der Seite unserer Unternehmen und treten diesem oder jenem Vertreter der westdeutschen Industrie schon mal herzhafte auf die Zehen, wenn die Einsicht in die Notwendigkeiten zu wünschen übrig läßt.

## Muß die Treuhandanstalt nicht noch mehr unternehmen, um die industriellen Kerne so weit wie möglich zu erhalten?

Sie muß und macht es. Doch die Treuhandanstalt arbeitet nicht außerhalb der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wir können nicht beschließen, erst sanieren wir mal das Unternehmen und das mit dem Absatz der Produkte kriegen wir später. Wir können auch nicht sagen, die ostdeutsche Industrie bekommt einen Nerzmantel umgehängt, wenn wir nur Rot-Kreuz-Decken zur Verfügung haben. Wir wollen und werden unsere Sanierungsbegleitung für alle sanierungsfähigen Unternehmen,

darunter vor allem auch die Unternehmen des industriellen Kerns, weiter intensivieren. Dies tun wir auf der Grundlage von tragfähigen Unternehmenskonzepten.

## Was heißt das konkret?

Wir stellen Geld für die schnelle Umsetzung der vereinbarten Unternehmenskonzepte bereit. Damit sollen die Unternehmen fit für den Wettbewerb werden und so ihre Privatisierungschancen erhöhen. Wir werden den Unternehmen dazu ausreichende Zeiträume geben, die wir individuell festlegen. Unternehmen, die nicht in absehbarer Zeit zu privatisieren sind, werden durch sanierungserfahrene Unternehmerpersönlichkeiten in Management KG's intensiv betreut und individuell kontrolliert. Bei der Erschließung neuer Märkte und zur Umstrukturierung von Unternehmen ergreift die Treuhandanstalt vielfältige Initiativen.

## Sind die Länder in diese Aktionen einbezogen?

Ohne die tatkräftige gegenseitige Unterstützung geht überhaupt nichts. Wir sitzen, wenn es um den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß geht, alle im selben Boot. Die Sanierungsmaßnahmen der Treuhandanstalt müssen mit den strukturpolitischen Maßnahmen der Länder eng verzahnt werden. Dabei erwarten wir, daß die Länder mit ihren bestehenden Förderinstrumenten voll mitziehen.

## Können die hier erwähnten Unternehmen nun in aller Ruhe arbeiten?

Die Unternehmen werden kräftig zu tun haben. Sich beispielsweise von den Ostmärkten zu lösen und in westliche Märkte einzudringen, bedeutet was die Erreichung von Weltmarktstandards als auch moderne Fertigungskapazitäten anbelangt, eine erhebliche „Durststrecke“. Entscheidend dabei ist, daß den sanierungsfähigen Unternehmen dafür die Luft zum Atmen bleibt. Die Treuhandanstalt wird darum Umstrukturierung und Sanierung mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit aktiv begleiten, weil letztlich kein Weg daran vorbeiführt, die Absatzchancen im Westen zu suchen.

TH Informationen

Die Offsetdruckerei,  
die Beratung und Service großschreibt.

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen Satz, Repro,  
Buchbinderei, Druck und Versand.

Unser Außendienst besucht Sie gern.

LN  
DRUCK

LN-Druck  
Herrenholz 10-12  
2400 Lübeck 1  
Telefon (04 51) 144 1711  
Fax (04 51) 144 1028

Anlässlich unserer Geschäftsstellen-Eröffnung »Berliner Platz« veranstalten wir

EIN FEST  
FÜR SPARER.

Sie sind herzlich eingeladen. Zu **7,75 % Zinsen**. Fest(legungs)dauer **1/2 oder 1 Jahr**. Anlagebeträge **ab DM 5.000,-** bringen Sie bitte mit. Um Antwort wird gebeten. Am besten sofort. Denn diese Konditionen sind aus einem Sonderkontingent und deshalb nur so lange gültig wie der Vorrat reicht.

Filiale Schwerin  
Bürgermeister-Bade-Platz/  
Ecke Wismarsche Straße  
Telefon 5 81 12 98/99

Filiale Berliner Platz  
Berliner Platz  
Telefon 37 00 07

VEREINS-  
UND WESTBANK

# Einsichten in die Geschichte

## Deutschland 1866 - 1918

13 Jahre der Arbeitskese waren nötig, um die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts neu zu schreiben: Mit dem jetzt vorgelegten zweiten Band der Zeit zwischen 1866 und 1918 liegt nun eine Trilogie vor, mit der sich Thomas Nipperdey in die Annalen der Geschichtsschreibung eingetragen hat. Der Münchener Historiker hat seine ganze Schaffenskraft in dieses jetzt vollendete große Werk gesteckt - noch vor der Veröffentlichung erlag Nipperdey 64jährig einer langwierigen schweren Krankheit.

Mit seinem wahrhaft großen Unternehmen schaffte Thomas Nipperdey, was zuletzt dem deutschen Historiker Franz Schnabel zwischen 1929 und 1937 gelungen war: mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts eine ganze Epoche in ein Werk zu bannen. Damals begründete dieser Versuch den wissenschaftlichen Ruf Schnabels, und auch Thomas Nipperdey wird neben seinen anderen Verdiensten um die deutsche Geschichtsschreibung - der Nachwelt vor allem als Verfasser dieses Standardwerkes in Erinnerung bleiben.

Hatte sich Nipperdey in seinem ersten Band über die Zeit zwischen 1866 und 1918 überwiegend sozial-, kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragen zugewandt, so geht er im vorliegenden Band auf Fragen von Staat und Politik ein. Provokativ die Eröffnung des Buches: „Am Anfang war Bismarck.“ Nipperdey verfällt damit keineswegs in eine längst nicht

mehr haltbare Geschichtsansicht von den großen Personen, die eigentlich Geschichte machen. Er verdeutlicht lediglich, daß Bismarck die Reichsgründung bestimmt, „ohne ihn wäre alles anders gewesen“. Dies mache den Reichskanzler in seiner Bedeutung für die deutsche Geschichte mit der Rolle Napoleons vergleichbar.

Nipperdeys Darstellung des Weges zur Reichsgründung, der Grundstrukturen, -kräfte und -probleme des neuen Staates, seine Kapitel zur Bismarckzeit und zur Wilhelminischen Zeit sowie zum Ersten Weltkrieg vermitteln dem Leser einen umfassenden Einblick in das Geschehen der Zeit. Trotz der Fülle der Details bleibt die über 900 Seiten umfassende und ungeheuer gelehrte Darstellung gut lesbar.

Zum Verdienst Nipperdeys gehört es, an keiner Stelle aus der Sicht der klügeren Spätgeborenen zu schreiben; er wird dem 19. Jahrhundert im besten Sinne gerecht, da er den Leser daran erinnert, daß dieser Zeitabschnitt als ein durchaus eigenständiger zu verstehen ist und nicht nur als historisches Vorspiel des Nationalsozialismus. Vielmehr ruft Nipperdey die spezifische Entwicklung des deutschen Kaiserreiches ins Gedächtnis. Für ihn ist diese Entwicklung auch eine Geschichte gemeineuropäischer Normalität, zu der er neben gescheiterten Reformbewegungen und gehemmter Modernisierung eben auch gelungene Problemlösungen rechnet.

Fast wie ein Vermächtnis und zugleich eine warnende Botschaft nicht nur an nach ihm wirkende Historiker klingt Nipperdeys Schlußbemerkung, daß es in der Geschichte kein deutlich zu unterscheidendes Gut und Böse, kein Schwarz und Weiß gibt. Die

Grundfarbe der Historie ist vielmehr grau, und es gibt unendliche Schattierungen.

**Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Band II: Machtstaat vor der Demokratie, C.H.Beck Verlag, 948 Seiten, 78 DM**

## Frankreich 1940

Die französische Niederlage gegen die deutschen Truppen 1940 war eine intellektuelle Niederlage: Die militärischen Führer Frankreichs waren nicht fähig, den Krieg zu denken, ihre intellektuelle Schulung war unzulänglich. Diese eindeutige Position formulierte der berühmte französische Historiker Marc Bloch noch im Jahr der Niederlage in seinem Werk, das jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt. Seine Bilanz der Niederlage wird zur Abrechnung mit den Mängeln im System der intellektuellen Bildung im Frankreich des frühen 20. Jahrhunderts.

Marc Bloch war Zeuge der Niederlage: Schon 53 Jahre alt, wechselte der bereits geachtete Historiker und Mitbegründer der „Annales“-Schule freiwillig vom Lehrstuhl an der Sorbonne in den Armeedienst. Er beschreibt Schrecken und Absurditäten des Krieges, wie er es in seinem Beruf gelernt hatte (entsprechend dem Untertitel „Der Historiker als Zeuge“); weniger um zu urteilen, sondern vielmehr, um zu verstehen. Seine Fähigkeit des Beschreibens und des analytischen Denkens, seine präzise Sprache und sein nur selten (aber dann brillant) aufblitzender Humor fesseln den Leser

selbst bei längerer Schilderung militärischer Probleme.

Das Buch enthält zudem fünf „Schriften aus dem Untergrund“ aus den Jahren 1943 und 1944. Marc Bloch nahm nach der Kapitulation seine Lehrtätigkeit für kurze Zeit wieder auf, schloß sich aber dann als Jude und überzeugter Kämpfer für Frankreich („nur unter seinem Himmel kann ich atmen“) der Widerstandsbewegung an. Von Gestapo und Vichy-Miliz festgenommen und gefoltert, starb er unter den Kugeln eines deutschen Hinrichtungskommandos im Juni 1944. In dem ebenfalls abgedruckten Testament Blochs findet sein patriotisches Empfinden Ausdruck.

Eingeleitet wird das Buch mit einem ebenso einfühlsamen wie sachkundigen Vorwort von Ulrich Raulff, der sich bereits als Herausgeber verschiedener Werke um die Mentalitäten-Geschichte und damit auch um Marc Bloch und dessen Freund und fachlichen Weggefährten Lucien Febvre einen Namen gemacht hat.

**Tillmann Bendikowski**

**Marc Bloch: „Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940“, Verlag S.Fischer, 285 Seiten, 42 DM**

## Kalenderblatt

Hat sie 100 Filme gedreht oder mehr? In Erinnerung blieben nur wenige, die aber sind von besonderem Gewicht. Jeanne Moreau, die bereits als Debütantin an der Seite solcher Berühmtheiten wie Gerard Philippe, Jean Marais, Jean Gabin und Fernandel spielte, hat später unter Regisseuren wie Malle, Truffaut, Bunuel, Welles, Antonioni, Losey und Fassbinder Filmgeschichte mitgeschrieben. Die Kritik bezeichnete sie emphatisch als größte Liebende des französischen Kinos und machte sie zur Kultfigur der „Nouvelle Vague“ (Neue Welle), einer Ende der fünfziger Jahre in Frankreich einsetzenden Bewegung gegen den kommerziellen Film, die u.a. von Malle, Truffaut, Rohmer, Godard, Chabrol und Rivette ausging. Morgen wird die gebürtige Pariserin 65.

Gegen den Willen des Vaters, der eine Kneipe am Montmartre betrieb, aber mit Unterstützung der Mutter, einer ehemaligen Revue-Tänzerin, setzte die 18jährige durch, Schauspielerin zu werden. Noch als Schülerin des Pariser Konservatoriums - eine bis dahin nicht geübte Praxis - erhält

sie einen 20-Jahres-Vertrag an der Comedie Francaise. Hier und an Jean Vilars Theatre National



Populäre erlebt die junge Schauspielerin ihre ersten Triumphe. Als sie 1956 am Theatre d'Antoine die Hauptrolle in „Die Katze auf dem heißen Blechdach“, dem

„erotischsten Stück des ganzen Jahres“, spielt, sieht Louis Malle sie und beschließt, ihr die Hauptrolle in seinem ersten Spielfilm („Fahrstuhl zum Schafott“, 1957) zu übertragen.

Jeanne Moreau hatte bereits 1948 zu filmen begonnen, es aber immer als eine Art Nebensache betrachtet. Von den über 20 Filmen, die sie anfangs drehte und die meist im Gangster-Milieu angesiedelt waren, ist allenfalls „Wenn es Nacht wird in Paris“ (1954) erwähnenswert. Ende der fünfziger Jahre setzt die „Nouvelle Vague“ ein. Da ist die Moreau fast 30. Nun entstehen ihre bedeutendsten Filme. 1958 gelingt mit „Die Liebenden“ (Malle) der internationale Durchbruch. Der Streifen löst zwar einen Sturm der Entrüstung bei den Moralaposteln aus, wird aber international preisgekrönt.

Heute gehört er wie „Die Nacht“ (Antonioni, 1960), „Jules et Jim“ (Truffaut, 1961), „Die Braut trug Schwarz“ (Truffaut, 1967), „Monsieur Klein“ (Losey, 1976) und „Querelle“ (Fassbinder, 1982) zu den modernen Klas-

sikern, die nicht zuletzt durch die Moreau geprägt wurden. 1960 wird die Schauspielerin in Cannes ex aequo mit Melinda Mercouri als beste Schauspielerin für die Leistung in Peter Brooks „Stunden voller Zärtlichkeit“ ausgezeichnet. 1964 wird ihr für die Celestine in Bunuels 1963 entstandenem Film „Tagebuch einer Kammerzofe“ die gleiche Ehre zuteil.

Die femme fatale des französischen Kinos gilt als eine sehr eigenwillige Persönlichkeit, die es sich leistete, Regisseuren wie Bunuel und Visconti auch mal nein zu sagen. Sie sieht sich nie einen Film an, in dem sie mitspielt, liest manchmal nicht einmal das Szenarium, wenn sie eine Rolle annimmt, weil ihr vor allem die Begegnung mit dem Regisseur wichtig ist.

Dennoch bezeichnet sie die Schauspielerei als eine Leidenschaft fürs Leben. Ihr opferte sie sogar ihr Privatleben. Weder ihre Ehen mit Jean-Louis Richard und William Friedkin noch ihre Beziehung zu Louis Malle und Jean Richardson hielten länger als

## Kultfigur der „Nouvelle Vague“

Am 23. Januar wird die französische Schauspielerin Jeanne Moreau 65

## Cees Nooteboom Schriftsteller

1

Am Ende eines Traums liegt ein Hafen mit Palmen doch alles ist Terror und Trug. Er war nicht da.

Der Eisverkäufer ist zwölf und verkauft Gift die Schiffe sind Seetang das Meer ist ein Spiegel aus faulendem Glas.

Die Bauersfrauen haben Angst sie rennen aus den Buden des Marktes und ziehen einen Grabstein über sich.

2

Falsch! Transparent! Sie sehen ja die geharnischten Wolken das Flugzeug mit Flammen und Schwertern die Engel der Rache.

Frieden! Frieden! Dem Vaterland und dem Tod! In Gasluft stehlen die Armen Tomaten und Trauben aus den leeren Buden. Er sieht an der Wand eine Motte die sich als Schmetterling brüstet, er hört die Nägel der Agenten auf dem marmornen Asphalt.

3

Nirgends sicherer als im Hilton. Er putzt sich den Flaum und schreibt einen Reim. Tod und Leben, Liebe und ein Geheimnis, die Kerne der Frucht, es steht alles drin.

Er wird vorgelesen in Rundfunk und Fernsehen schon liest es der Kommandant er wird in das Denkmal gemeißelt er wird öffentlich goldgefärbt.

4

Es ist vollbracht. Unsterblich sitzt er im Gras mit dem Ökonomen, dem Campesino, dem Guerillero und raucht eine Havanna bis die Lippen ihm bluten.

Jetzt ist er auch, wie so mancher Gelehrte und Sklave,

ein Opfer der Revolution.

Der 1933 in Den Haag geborene Schriftsteller Cees Nooteboom ist in Deutschland bislang als Prosaist und Essayist bekannt. In den Niederlanden liegt sein umfangreiches lyrisches Werk in neun Gedichtbänden vor. Die Gedichte dieser Auswahl sind dem Sammelband „Vuurtijd, ijstijd“ (1984) sowie Nootebooms jüngstem Gedichtband „Het gezicht van het oog“ (1989) entnommen. Damit wird etwa die Hälfte der bisher veröffentlichten Lyrik von Cees Nooteboom einem deutschsprachigen Publikum erschlossen.

**Cees Nooteboom, Gedichte, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1992, Auswahl, Übertragung und Nachwort von Ard Posthuma**

zwei Jahre. Einzig die Verbindung mit Pierre Cardin dauerte etwas länger.

Mit Ausdauer und Zähigkeit, die als ihr Markenzeichen gelten, erobert sie sich neue Wirkungsmöglichkeiten, als der Film der Alternenden keine attraktiven Rollen mehr zu bieten hatte. Die nun als Grande Dame Bezeichnete kehrt zum Theater zurück, nimmt Platten mit Gedichten und Chan-

sons auf, macht Fernsehfilme, schreibt an ihrer Autobiographie und beginnt als Regisseurin zu arbeiten. „Im Scheinwerferlicht“ (1976) und „Mädchenjahre“ (1979) entstehen.

Gegenwärtig reichen ihre Pläne bis ins Jahr 2008. Da wird sie 80 sein und, wie sie versichert, Shakespeares „Lear“ spielen.

Dorothee Trapp

## Ich abonniere den Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

Der Preis schließt die Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Zahlungswise:	(vierzehntäglich)	(wöchentlich)*
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Abo für	38,00 DM	75,00 DM
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Förder-Abo für	60,00 DM	120,00 DM
<input type="checkbox"/> Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für	100,00 DM	200,00 DM
<input type="checkbox"/> Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).		
<input type="checkbox"/> Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.		

\* Wir streben an, sobald als möglich, wieder wöchentlich zu erscheinen, ab dann gilt die zweite Rubrik.

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_  
Bankinstitut \_\_\_\_\_

Name/Unterschrift \_\_\_\_\_  
Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift \_\_\_\_\_  
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Ein Leserbrief an ungewöhnlicher Stelle: Prof. Dr. Eller aus Rostock regt an

*"Sollten sich, so möchte ich mich an die Leser wenden, nicht genügend Menschen finden, die im Notfall das weitere Bestehen des MA finanziell sichern könnten? Etwa mittels einer kleinen Fördervereinigung (bitte ohne Präsidenten und Vorstand)? Obwohl z. Zt. noch ‚rentengekürzter Emeritus‘, wäre ich gern bereit, dazu beizutragen."*

Auch Ihre Meinung? Wir warten auf Ihre Post!

Die Redaktion

## Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 15 DM incl. Versand

Ich möchte den Mecklenburger Aufbruch 10mal geliefert bekommen.

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Gewünschte Zahlungswise:  Ich lege 15 DM in Briemarken bei.  Ich lege 15 DM in bar bei.  Ich lege einen Verrechnungsscheck über 15 DM bei.

Name/Unterschrift \_\_\_\_\_

Das Abo endet nach einem Vierteljahr, sollte von Ihnen keine Abbestellung bei uns vorliegen, geht Ihr Abonnement automatisch in ein Normal-Abo über.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift \_\_\_\_\_  
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Kultur

Notizen  
Benefiz

Aus aktuellem Anlaß findet im Landestheater Mecklenburg Neustrelitz am Samstag, dem 23. Januar eine Benefizveranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit statt. Der Erlös der Veranstaltung kommt den Asylanten im Landkreis zugute. Die für diesen Tag geplante Vorstellung „Tosca“ fällt aus. Die Eintrittskarten kosten 10 Mark (Schüler zahlen die Hälfte). Beginn: 19.30 Uhr

Premiere

Am Rostocker Volkstheater kommt am 23. Januar das Stück „Ruhe! Wir stürzen ab“ von Dario Fo als deutschsprachige Erstaufführung in der Übersetzung von Peter O. Chotjewitz zur Premiere. Die Regie übernahm der Rostocker Schauspieler Manfred Gorr, der schon 1992 Dario Fos „Ein Tag wie jeder andere“ in Rostock inszenierte. Beginn: 19.30 Uhr

Ausstellung

Noch bis zum 19. Februar werden im Bernsteinmuseum in Ribnitz-Damgarten Radierungen von Ulrich Panndorf und Steinskulpturen von Ernst von Hopffgarten ausgestellt. Panndorf, 1954 in Dresden geboren, studierte an der Kunsthochschule in Dresden Malerei und Grafik. Seit 1983 lebt er in Westberlin. Von Hopffgarten, 1948 in Meißen geboren, studierte an der Hochschule für bildende Künste in Westberlin Malerei und Grafik. Seit 1978 liegt der Schwerpunkt seiner Arbeit im bildhauerischen Bereich.

# Päckchen für Deutschland

Kunst-Objekte aus Rußland im Berliner Tränenpalast

Neben Köln ist in keiner deutschen Großstadt Osteuropa so präsent wie in Berlin. So starteten 27 Künstler aus Rußland ihr Dankeschön für die humanitäre Päckchen-Hilfe der deutschen Bevölkerung im Winter 1991/92 für die notleidenden Menschen der GUS-Staaten hier mit der spektakulären Aktion „Päckchen für Deutschland“. Am 7. Januar, dem orthodoxen Weihnachtsfest in Rußland, wurden von ihnen die Kunst-Pakete in der ehemaligen Grenzübergangsstelle Friedrichstraße ausgepackt. Die Idee zu dieser Ausstellung kam den russischen Künstlern kurz nach der Hilfsaktion aus Deutschland. Das Projekt stellte den Künstlern jegliche Ausdrucksform frei.

Dieser Ausstellungsort zwischen S-Bahnhof und linkem Spreeufer, an der Friedrichstraße gelegen, symbolisierte das Eingeschlossensein im sozialistischen Pappkarton. Es war nach Willy Brandts Passierscheinabkommen eines der wenigen Nadelöhere zwischen Ost und West, allerdings kaum für den Normalbürger Ost. Hier verabschiedete sich der Ostler von Verwandten und Freunden. Damit hatte dieser gekachelte Rundbau mit dem schiefen Dach, die Abfertigungshalle bald den Namen „Tränenpalast“ weg. Nachdem die Mauer geöffnet und die Mauer- spechte das Hohelied der freien Reise anschlügen war dieser Ort einstiger Demütigung nutzlos. Keiner mußte sich mehr durch die Eisenklappe zwingen und in dem vor und hinter ihm geschlossenem

Koben mit dem Grenzer allein zur Paßkontrolle sich wiederfinden; so wie das Wildwest-Rindvieh sein Brandmal erhielt.

Nina Hagen und Jimmy Somerville kippten mit ihrer AIDS-Benefiz-Konzertnacht im Herbst 1991 das miese Image dieses Ortes. Seitdem steht der Bau unter Denkmalschutz und wird als Veranstal-

tungsort genutzt. Gegenwärtig trifft das Publikum auf russische „Mailart“, die Ausstellung ist noch bis zum 31. Januar zu sehen.

Zur Eröffnung strömte das Publikum am historischen Schild „HALT! Weitergehen nur mit Grenzübertrittsdokumenten“ vorbei, um sich mit anwesenden Künstlern zu treffen, um die Performance von Vladimir Tarasov mit dem Multitalent Dmitrij Prigov zu erleben, um die „humanitäre Hilfe“ (wie die Ausstellung im Untertitel vieldeutig lachend mitteilt) in Augenschein zu nehmen. Mit den drei Passports auf Notenständern wird die Partitur der Konzeptkunst, die in der Ausstellung vorherrscht, mit dem Ort verschmolzen. In den sowjetische Pässen für Marilyn Monroe, Marlene Dietrich und einem Niemand, zu dem ein jeder ohne Paßbild wird, ist die Zeitgeschichte des verwalteten Menschen obskure Realität: zum einen die Mythen mit Ausweis - zum anderen der „richtige“ Ausweis ein Mythos.

Die lethargische Installation von Alexej Taranin vereint zwei Jutesäcke, angefüllt mit leeren Wodkaflaschen der Marke „klarer Würger“, darüber baumelt ein Einkaufsnetz mit gerahmtem Bild. Evoziert wird eine tragische Rolle, in der sich Künstler im Osten wiederfinden. Ein bildnerischer Einstieg für den Katalogtext „Die Schönheit rettet den Markt“? Der in Köln lebende Philosoph Boris Groy, der auch noch in Münster Dozent für russische Geistesgeschichte ist, schrieb diesen idealistischen Text, der Ökonomie, Kunst, Marktwirtschaft und ästhetische Schönheit so verquickt, daß ein gordischer Knoten entsteht.

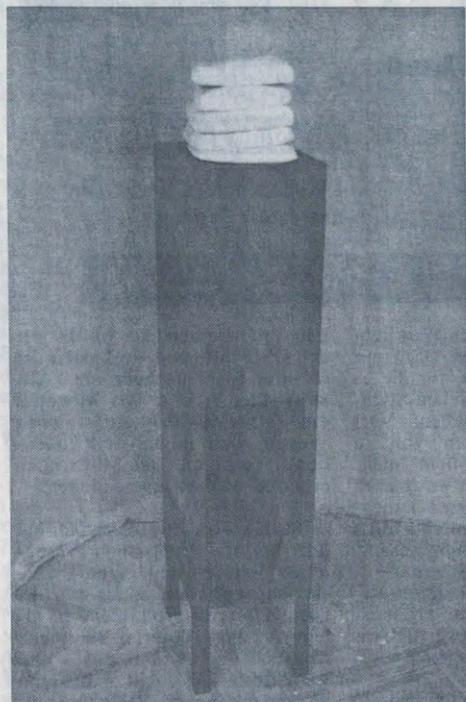
Diesen löst er gewagt auf, indem er verkündet: „Der Westen schickt Waren nach Rußland, Rußland aber schickt dem Westen die Ästhetisierung dieser Waren, die Ästhetisierung eben des Marktes dieser Waren.“ Die nebenher in Groys Text entdeckte Sinnlosigkeit der europäischen Moderne, da sie austauschbar und also belanglos sei, wird durch die in der Ausstellung erlebte Darstellungs- freudigkeit der russischen Künstler korrigiert: Keine Spur von Irrelevanz und Nutzlosigkeit ist zu erkennen. Ob Boris Orlov mit seiner Darstellung einer abgebrochenen Legende vom Denkmal „Büste im imperialen Stil“, ob Sergej Kalinin mit „Der kleine Friedrich der Große“, der mal spanischer Infant war, oder Dmitri Kantarovs Matroschka, die label von einem ovalen Truhendeckel fast abzustürzen drohen - da kichert doch wenig-

stens Witz und Hintersinn in den Objekten.

Die schwarze Kiste von Georgij Avajan öffnet sich, für einen Moment sind weiße Krallenfüße zu sehen (welcher Raubvogel darauf stetzt, bleibt unsichtbar), der Deckel wackelt, ein lieblich Vogelgezwitscher erklingt und - krachend fällt der Deckel zu. Entsprechend der Praxis, daß nur die schlechte Nachricht eine wirklich gute sei, was die Journaille auf den Titelseiten beharrlich vorführt, schnürte Dmitri A. Prigov ein Zeitungs-Paket, aus dem eine Blutspur auf den Boden rinnt. Zwischen den Initialen Deutschlands und Rußlands prangt ein großes schwarzes Auge, wie unheilvolle Geschichten zwischen Russen und Deutschen.

Objektart und russische Tradition verbindet Nikolai Koslov in seinem rot ausgeschlagenen Sarg. Gezimmert aus halbierten Birkenstämmen enthält er einen langen Mittelzopf mit schwarzer Schleife, an dem noch eine schwarze Hand klebt. Ach, Rapunzel, wer beerdigte seine Sehnsucht. Die poetischste Arbeit dieser Ausstellung ist von Olga Tschernischeva. Weiße Tücher, die auf einer Art Nachtschrank-Ofen den Besucher erwarten. Diese Plastik offenbart ein lyrisches Geheimnis.

Für 25 Mark, was kaum die Druckkosten ergeben dürfte, bekommt jeder Besucher einen ganz besonderen Katalog: aufgeteilt in drei Hefte mit Texten, Biographien und Ausstellungskatalog - liebevoll verschnürt, natürlich zu einem Päckchen. Agelier



Olga Tschernischeva „Ohne Titel“, Installation

## Je lauter desto vierviertel

Die Schweriner Rockband „Das Auge Gottes“ im Gespräch

„Uns Gott wohnt jetzt in Deutschland/ und läßt die Beine baumeln/ und sieht gelassen zu/ wie wir in Super-Eden taumeln/ Gott wohnt in Deutschland/ wohnt jetzt in Deutschland ...“

Warum heißt die Band „Das Auge Gottes“?

In der atheistischen DDR war der Name „Das Auge Gottes“ eine Provokation, jetzt im materialistischen Großdeutschland ist es nur noch eher ein merkwürdiger Bandname.

Dennoch wartet ihr beständig mit provokanten Texten auf. Was meint z.B. „Gott wohnt jetzt in Deutschland“?

In Somalia wohnt er jedenfalls nicht.

Heißt das, ER macht es sich hier bequem?

Wir werden sehen, wohin Sauriertheit einmal mehr führt.

Kommt diese Message beim Publikum an?

Weiß ich nicht. Aber wir sind Idealisten und anders als andere, wir wollen mit einer sauberen moralischen Haltung Kohle verdienen.

Ihr habt auf Grund eurer Texte Drohbriefe von Christen bekommen. Die sind wenig begeistert ...

Ja, die Texte sind pietätlos und obszön, aber gegen dieses Häuflein von Hundert Aufrechten richten sie sich nicht.

Für was und für wen sind sie gemacht?

Die Texte sind in erster Linie für den Frontman gemacht, damit er einen Grund hat, am Mikrofon den Mund aufzumachen. Also erstmal nur ein notwendiges Übel.

Dafür würde auch ein „Oh la la“ genügen.

Ja, ja, schon gut. Natürlich sind die Texte, wenn sie denn live zu verstehen sind, von einem enorm treffsichereren Metaphernreichtum, der von unserem Publikum verstanden wird. In den Indi-Charts von Rockradio B sind wir mit dem Titel „Du hast Jesus Christus an das Kreuz genagelt“ auf Platz 5. Das wird im Allgemeinen auf den Text zurückgeführt.

Eure Konzerte sollen schon Tage im Voraus ausverkauft sein ...

Na, na. Bei unserem letzten Konzert in Berlin an der Volksbühne war es jedenfalls so, daß Leute U-Bahnabteile wieder weggeschickt wurden. Es hieß sogar „der Mixer könne sich gar nicht mehr bewegen“. Gott sei Dank war unser Mann am Mischpult gemeint und nicht der Barmixer.

Manchen Texten kommt die Unverständlichkeit im Konzert womöglich entgegen ...

Nu laß mal die Texte weg, oder nenne mir einen wirklich erstklassigen und verständlichen deutschen Rocktext. Der 4/4-Takt dagegen ist eine herrliche Erfindung - dazu unsere intelligenten Arrangements: das isses!

Das ist auf eurer CD zumindest angedeutet.

„SO ISSES, BABY“ - so heißt auch die CD.

Sie ist ausgesprochen aufwendig produziert. Ist das noch Independent-Musik?

Die CD ist kein Versuch, ein Live-Konzert möglichst authentisch zu kopieren. D.h., man kann sie durchaus im nichtgehörschädigenden Lautstärkepegel genießen. Mit 24-Spurtechnik, Samples, Loops,

Special-Effekte, aufwendigster Abmischung ... ist sie eindeutig ein Kunst-Produkt, und somit auf wunderbare Art für den Eigenheimbedarf geeignet.

Gebt ihr eure nächsten Konzerte dann im pianissimo?

Gott bewahre - je lauter desto vierviertel.

Gilt das auch für die Schauspielmusik, die ihr am Schweriner Staatstheater in dem Peter Dehler-Stück „Glatze“ macht? Peter Zadek hat das vor Jahren mit den Einstürzenden Neubauten in Hamburg eindringlich vorgeführt.

Peter Dehler ist nicht Zadek, und wir stehen da als Rockmusiker, weniger als die Band „D.A.G.“. Das ist nicht Auge-Gottes-Musik, sondern die Musik dieser Inszenierung. Wir haben uns dem speziellen Konzept dieser Inszenierung unterstellt, d.h. wir mußten uns nicht nur in der Lautstärke einschränken. Die Texte sollen hier vornehmlich dem Inhalt zuarbeiten, dabei sind eher konventionelle Titel entstanden, einer steht gar im 3/4-Takt.

Und das hat euch Spaß gemacht?

Solange das Stück im Werden war, hat es uns großen Spaß ge-

macht. Jetzt, nach der 40. Vorstellung, ist es eher Arbeit.

Gibt es für euch ein neues Projekt am Theater?

Im Juni ist Premiere mit einem neuen Stück von Peter Dehler. Abgesehen von den Einzelheiten steht soviel fest, daß es im Großen Haus stattfinden wird, und daß der musikalische Rahmen diesmal größer sein wird, wir können z.B. zusätzlich den Saxophonisten Jack Pinter aus USA engagieren.

Diese Theaterarbeit ist eine ziemlich seßhafte Sache für Rock'n Roller ...

Verschiedene Tourneen reißen uns immer wieder aus dem Tiefschlaf. Neben einer CD-Promotiontour durch Norddeutschland werden wir auf Einladung des Goethe-Institutes im März drei Konzerte in Schweden spielen.

Das ist ein Haufen Arbeit ...

Wir sind im Zweiterberuf Musiker und, wie gesagt, nebenbei Idealisten.

Interview: Wolfram Pilz

Die 1989 gegründete Band agiert seit zwei Jahren in der Besetzung: Thomas Schmidt (keyb), Matthias Morh (scratch), Gerd Reichelt (voc, git, front), Joseph Homp (git, voc), Andreas Griem (bg), Volker Voigt (dr) - Foto v. l. n. r. - und Roland Mentzel (sound)



„ISRAEL, UM HIMMELS WILLEN, ISRAEL“ - Ein Film von Ralph Giordano, Regie: Jens-Uwe Scheffler.

Der zweiteilige Film steht unter dem Symbol von Massada: Als Jerusalem im Jahr 70 christlicher Zeitrechnung von den Römern zerstört wurde, hatten sich fast 1 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder auf den Felsklotz am „Toten Meer“ zurückgezogen. Nach zweijähriger Belagerung stürmte die 10. Legion über eine aufgeschüttelte Rampe das Plateau, fand oben aber niemanden mehr am Leben vor - die Verteidiger hatten den Freitod der Versklavung vorgezogen. Aus dieser antiken Tragödie hat das moderne Israel den Umgen. Aus dieser antiken Tragödie hat das moderne Israel den Umkehrschluß gezogen: „Massada wird nie wieder fallen!“ - „Wird Massada nie wieder fallen?“ fragt der Autor Ralph Giordano und entwickelt aus diesem Spannungsbogen das dramatische Bild des Nahostkonfliktes, in dem nur ein Land, ein Volk auf Leben und Tod gefährdet ist: Israel.

Schon im Filmtitel drückt sich Ralph Giordanos Verhältnis zu dem 1948 gegründeten und seither schwer gefährdeten Staat der Juden inmitten einer feindlichen Umwelt aus: Zugehörigkeit zu Israel, Sorge um Israel und Kritik an Israel.

Bild: Während des Ramadan-Festens gedenken die Moslems der Intifada-Opfer. Auf einem Friedhof in Gaza beklagt eine Mutter den Tod ihres Sohnes. Foto: NDR/ Scheffler

Sendung: 13. und 20. Februar, jeweils um 20.40 Uhr in ARTE

## Tanztheater

Kampnagel Hamburg mit deutscher Erstaufführung

Die größte Verkehrskatastrophe der zivilisierten Welt war der letzte Rekord der TITANIC. Ihr Symbolwert blieb: Den einen Ansporn zu noch größeren Taten, den anderen Menetekel einer Gesellschaft im Untergang. TITANIC ist ein Stück über das Ende dieses Jahrhunderts. Es verbindet zeitgenössische Musik, modernen Tanz und aufwendige elektronische Bühnenszenierung zu einem komplexen multimedialen Drama. TITANIC will in seinen barocken, technoïden, barbarischen und verfeinerten Szenen und Choreographien den

heutigen Niedergang großer Ideologien schildern, an deren Stelle eine Medien- und Kommunikationsgesellschaft getreten ist, die alles mit allem verbindet, ohne Wertung und Orientierung, in deren informativer Flut „wir unsere Menschlichkeit täglich neu bestimmen müssen“ (Flamand).

Es tanzt das Ensemble Plan K (Brüssel) in der Choreographie von Frederic Flamand.

Aufführungen am 5./ 6./ 7. Februar, jeweils 20.30 Uhr in Halle 6



„Das Auge Gottes“

Foto: Lothar Steiner

## Umwelt

## Der Grüne Punkt ist im Gerede

Das Duale System ist auf Werbe-Tour. Denn das hat die Betreiber dieses neudeutschen Entsorgungsmopols nun doch gefachst, daß sie trotz allen in Gesetzestexte gegossenen Sponsorings durch die Bundesregierung den Geruch partout nicht loswerden konnten, im Zeichen des Umweltschutzes lediglich besonders gerissene Umweltsünder zu sein. Also läßt man - wie zuletzt in der vorvergangenen Woche in Schwerin - Journalisten zu Abendessen ein, bei denen die anstehenden „wichtigen Fragen gemeinsam erörtert“ werden sollen.

Das ist den Leuten vom DSD auch nicht zu verdenken, denn sie haben ja - siehe die Graphik auf dieser Seite - durchaus Erfolg, - seit dem 1. Januar diesen Jahres ist die dritte Stufe der Verpackungsverordnung in Kraft, und in der Tat sammelt das Unternehmen in den überall haushaltsnah aufgestellten Containern getreulich und verlässlich allen Verpackungs-Müll ein, den die Bürger dort einwerfen. Und die DSD'ler rühmen sich unablässig der Hekatomben von Glas, Papier, Aluminium, Weißblech, Kunststoff und Styropor, die nunmehr, so die Argumentation, die Probleme „vor Ort“ mit dem ungebremsten Anfall gigantischer Müll-Mengen mindern, mit denen die Kommunen und Kreise partout nicht mehr fertig wurden.

Aus den Augen, aus dem Sinn, - der Verpackungs-Abfall verschwindet in den Gelben Tonnen, und der Bürger, der das Ganze auch noch als eine Art ökologischer Mitmach-Veranstaltung begreifen darf, ist's zufrieden. Weg damit! heißt wie ehemals die Devise, nur daß man all den Umwelt-Schund jetzt in die überall aufliegenden gelben Beutel füllt, um sie dann in den Gelben Tonnen zu versenken. Die Gebietskörperschaften können's zufrieden sein, hat das DSD ihnen doch die nötige Luft bei der Lagerung und Verwertung des täglich anfallenden Mülls verschafft. Deshalb sind die Kommunen, die sich naturgemäß allesamt der Segnungen des Dualen Systems erfreuen,

fragwürdige Kronzeugen für die Funktionstüchtigkeit und ökologische Tauglichkeit des neuen Entsorgungsvorgangs, - jemand, dem ein anderer eine fürwahr peinvolle Last abnimmt, wird diesem wohl kaum zum Dank vor's Schienbein treten.

Recycling ist das Zauberwort, das die Verfechter und Träger des neuen Systems wie eine Monstranz vor sich hertragen: Alle Produkte, die mit dem - mittlerweile heftig umstrittenen - Grünen Punkt gekennzeichnet sind, werden, so die Behauptung des DSD, wiederverwertbar gemacht und so wieder in den Stoff-Kreislauf zurückgeführt.

Daran aber, daß das im behaupteten Umfang überhaupt geht, melden durchaus mit solider Sachkenntnis bewehrte Umweltschützer ernstzunehmende Zweifel an, - insbesondere die meist sorten-unrein eingesammelten Kunststoffe lassen sich eben nicht ohne weiteres recyceln. Angesichts dieses Tatbestands, der eigentlich einen möglichst weitgehenden Verzicht auf Produktion und Konsum von Plastikprodukten nahelegen müßte, nehmen sich die Beteuerungen des DSD aus wie eine etwas unbeholfene moderne Nacherzählung des Wunders von Kanaan, nur daß nicht Wasser zu Wein, sondern hochgradig verdreckter Giftmüll zum wertvollen Rohstoff gewandelt wird. Wie das geht, erklären die Protagonisten des Dualen Systems gern an angenehmen Musterbeispielen, die es natürlich gibt.

## So wirkt die Verpackungs-Verordnung



Aber in der schnöden Wirklichkeit ist der Weg des DSD mit Skandalen gepflastert, für die es immer wieder die gleichen Stichworte gibt: Verschieben, Verscheln, Exportieren von in Deutschland selbst nicht mehr rückführbarem, verwertbarem und zu lagerndem Verpackungs-Müll. Und wenn alles nichts hilft, wandert das so aufwendig gesammelte Zeug auch schon mal zusammen mit all dem anderen Abfall in die nächste ohne größeres öffentliches Aufsehen verfügbare Müllverbrennungsanlage.

Das Gelöbnis, jeden überflüssigen Quatsch zu recyceln, den die - das Duale System ja maßgebend tragende - Verpackungs-Industrie produziert, bedingt zugleich den Freibrief, ebendieses Quatsch in nahezu beliebiger Größenordnung weiterzuproduzieren, solange er nur mit dem alles heiligenden Grünen Punkt versehen ist.

Daß Müllvermeidung maßgebend etwas mit Müllvermeidung zu tun hat, die Empfindungsfähigkeit für diese banale Feststellung untergräbt das Duale System. Und es räumt, nebenbei,

den Produzenten des Mülls, die das DSD ja tragen, zu Lasten der in ihrer Existenz bedrohten Altstoff-Händler eine Art Monopol ein, selbst aus der (auf welchen Wegen auch immer stattfindenden) Beseitigung des Mülls noch erheblichen Gewinn zu ziehen.

Das Öko-Institut Darmstadt hat jetzt bei der öffentlichen Präsentation einer einschlägigen Untersuchung gefordert, einer erheblichen Zahl von Produkten vor allem aus den Material-Bereichen Kunststoff, Aluminium und Weißblech, die nicht annähernd im versprochenen Umfang recycelbar sind, den Grünen Punkt zu entziehen.

Man könnte sein gesamtes Hab und Gut ohne Verlustangst darauf wetten, daß die Bundesregierung sich an solchen Vorschlägen reichlich uninteressiert zeigen wird. Denn sonst müßte man ja gleich eine neue und ganz andere Verpackungsverordnung schreiben, die der Müll-Vermeidung Vorrang gibt, statt den Müll-Produzenten Blanko-Schecks auszustellen.

m. w.

## Gegen einen Öl-Hafen in Rostock

Die Tanker-Katastrophe an der Küste der Shetland-Inseln hat auch die deutschen Umweltschützer auf den Plan gerufen: Sie weisen darauf hin, daß es zu einer ähnlichen Havarie mit vergleichbaren Folgen jederzeit auch in deutschen Gewässern kommen kann und fordern rasche Konsequenzen in Bezug auf die Auflagen für den Bau von Tanker-Schiffen sowie den Verzicht auf den Ausbau weiterer Öl-Häfen auf deutschem Boden.

So spricht sich die Gesellschaft „Wasser ist Leben“ in einer Presseerklärung für die unverzügliche Stilllegung der derzeit „international in Betrieb befindlichen 'Uralt-Tonnage' und für deren Ersetzung durch moderne und schiffbaulich sichere Tanker“ aus.

„Unverständlich“ und „äußerst kurzsichtig“ nennt die GeWIL Pläne, „unter immensen Kostenaufwand zusätzliche Wegstrecken für Öltanker durch sehr schwierige Gewässer in die Ostsee nach Rostock zu schaffen“. Die in Jever ansässige Organisation verweist auf die bereits vorhandene, für Öl-Anlandungen ausreichende Kapazität in Wilhelmshaven. Im Interesse der Erhaltung vorhandener und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie im Hinblick auf den „ungleich größeren Nutzen für die neuen Bundesländer“ solle Rostock besser zum modernen Container-Hafen ausgebaut werden. Ein Festhalten an den Öl-Hafen-Planungen würde dem gegenüber nach Auffassung der Gesellschaft „Wasser ist Leben“ nichts anderes bedeuten als Steuergelder für die Schaffung einer zusätzlichen Gefahrenquelle einzusetzen.

## Müllverbrennung doch nicht des Teufels?

Wenn etwas in den Ökologen-Kreisen der Alt-Bundesrepublik den Rang eines Glaubenssatzes hatte, von dem abzuweichen unweigerlich die Verfluchung als kollektionsversessener Anpasser nach sich zog, dann war es die Ablehnung jeglicher Müllverbrennungsanlagen. Denn grün-alternative Müllpolitik bestand lange Zeit im wesentlichen in der Weigerung, mit ihr überhaupt anzufangen, solange, nicht die Müllvermeidung und sonst gar nichts als gesellschaftliche Leitlinie anerkannt sein würde.

Daß man mit solchem Rüstzeug schwerlich in der Praxis bestehen kann, mußten Grüne zuhaufer erfahren, nachdem sie in vielen Bundesländern und in einigen Bundesländern einschlägige Regierungs-Ämter übernommen hatten: Für den Müll gibt es einfach keine Lager-

Kapazitäten mehr. Und die Verbrennungs-Technik lockt: Denn unterdessen gelten nicht nur rigorose Emissions-Grenzwerte für MVA's, der Stand der Technik erlaubt es sogar, sie in der Praxis noch deutlich zu unterbieten. Rauchgas-Reinigung mit Rückstandsbehandlung und Hochtemperatur-Verbrennung reduzieren die Belastung der Luft mit dem Super-Gift Dioxin auf ein extremes Minimum. Gegen die gemischten Proteste der MVA-Gegner in den meisten Umweltschutz-Organisationen schwenken grüne Politiker denn auch mehr und mehr auf den Verbrennungs-Kurs ein.

Aber es bleiben Zweifel. Denn wie das Recycling wird auch die Müllverbrennung allzuger als Freibrief verstanden, mit der Müllvermeidung nicht ernstmachen zu müssen.

f. m.

## Aufbau Ost durch Abbau des Umweltschutzes

Was die Bundesregierung als „Entrümpelung von Genehmigungsverfahren“ bezeichnet, ist in Wahrheit ein Schritt zurück. Nach dem geplanten Bau-Beschleunigungsgesetz benötigen Abfallbeseitigungsanlagen kein Planfeststellungsverfahren mehr, die Bürgerbeteiligung wird deutlich eingeschränkt und das Instrument der Eingriffsregelung aus den Landes-Naturschutzgesetzen herausoperiert. Und all das fällt für den Osten noch ein bißchen schärfer aus als für den Westen. Zu diesem Beschleunigungsgesetz, das den Umweltschutz zur Knautschzone des Ost-Aufbaus macht, drei Thesen:

**These 1: Der unreflektierte Aktionismus wird in der Bevölkerung breite Zustimmung finden, weil er virulente Ängste aufnimmt. Auch der Naturschutz muß diese Ängste ernstnehmen und auf sie eingehen.**

Naturschutz gilt den meisten Menschen nicht als überlebensnotwendig. Das ist zwar kurzfristig, aber es entspricht unserer auf kurze Zeitspannen ausgerichteten Zukunftserfassung. Für ihre von der technischen Entwicklung oder von Marktzusammenbrüchen bedrohten industriellen Arbeitsplätze werden die Menschen in Umbauzeiten hingegen kämpfen und die Reduzierung des Naturschutzes gern in Kauf nehmen.

Dahinter steht die Angst vor grundlegenden Veränderungen, gegen die Worte nur sehr wenig helfen, wohl aber Beispiele, die zeigen, daß es auch anders geht. Soll der anstehende Umbau in die richtige Richtung führen, müssen deshalb für den massen-kulturellen Standard attraktive Lebens-

formen einer postindustriellen Gesellschaft entwickelt und dargestellt werden.

**These 2: Der Naturschutz muß seine Argumentation neu ordnen und die Argumente der „Naturschutzgegner“ zur Kenntnis nehmen. Der Fall Eingriffsregelung zeigt exemplarisch, daß diese Argumente systemimmanent und damit auch für die Industrielobby verständlich widerlegt werden können.**

Die moralischen Argumente der Naturschützer stören die Vertreter der Gegenpositionen schon lange nicht mehr. Sie lassen sich leicht als „unwissenschaftlich“ entlarven. Wir sollten uns bemühen, auch Argumente zu verwenden, die typischerweise im Apparat und besonders in den Wirtschafts- und Bauverwaltungen verstanden werden.

**1. Argument:** Das bestehende Naturschutzrecht behindert das Bauen nicht.

Empirisch belegt ist, daß der Bau-Boom aus ganz anderen Gründen nicht in Gang kommt: Im Osten sind die Eigentumsverhältnisse nach wie vor nicht geklärt. Die Wohnungsbaugesellschaften sind de facto pleite. Im Westen hat eine verfehlte Subventions- und Steuerungspolitik den Neubau von Standard-Wohnraum unattraktiv gemacht.

Hüben wie drüben sorgt eine nach dem preußischen Kanzleisystem des 17. Jahrhunderts arbeitende Baubürokratie für umständlichste, zeitaufwendigste Genehmigungsverfahren. Hier ließe sich leicht Abhilfe schaffen, wenn man sich denn zu einer Verwaltungsreform entschließen könnte.

**2. Argument:** Institutionalisierte Beteiligung aller gesellschaftlichen Interessen führt zu preiswerten und haltbaren Lösungen.

Wenn der Ansatz der Gesetznovelle zuträfe, müßten sich Probleme besser lösen lassen, wenn unliebsame Parameter einfach ausgeblendet werden. In der Realität aber rächen sich die ausgeblendeten Parameter. Sie erzwingen später teure Reparaturmaßnahmen. Deshalb - und nicht aus Luxus-Gründen - ist in 40 Jahren Bundesrepublik ein ausgefeiltes Beteiligungs-System etwa in Form der Planfeststellung entwickelt worden. Wer es einfacher will, soll sich doch gleich an der DDR-Bauwirtschaft orientieren: Der Federstrich eines Ministers ließ komplette Trabantenstädte entstehen. Die Folgenabschätzung können wir heute nachholen.

**3. Argument:** Scharfe Umweltsetze machen sich volkswirtschaftlich bezahlt, weil sie schneller als jedes Subventionsprogramm Technologieschübe auslösen können. Die deutsche Wirtschaftswunder-Industrie (Maschinen- und Werkzeugbau, Chemie) kränkt. Trotz (oder wegen) aller Subventionen sind die Produkte technisch veraltet, die Innovationszyklen zu lang, die Preise zu hoch. Die „englische Krankheit“ hat die Bundesrepublik eingeholt. Mit einer Ausnahme: In der Umwelttechnik haben deutsche Fabrikate in wenigen Jahren auf dem sprunghaft wachsenden Weltmarkt einen Anteil von 21 Prozent erreicht. Dieser Industriezweig ist nur entstanden, weil sich der Gesetzgeber zu ein paar umweltrechtlichen Restriktionen durchringen konnte.

**4. Argument:** Die Eingriffsregelung ist ein modernes Vernetzungs-Instrument.

Wissenschaft und Industrie bauen zunehmend auf vernetztes Denken. Die Eingriffsregelung ist ein Vernetzungsinstrument, das die Zusammenschau sozialer und ökologischer Daten erzwingt.

**5. Argument:** Die Eingriffsregelung trägt dem Verursacherprinzip Rechnung.

Durch öffentliche Planung werden Grundstücke zu Bauland. Ohne daß der Grundstückseigentümer einen Beitrag geleistet hätte, verzehnfacht hat sich der Wert des Grundstücks, die nach dem Krieg entstandenen Länderverfassungen haben dieses Problem der Bereicherung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit gesehen. Heute noch bestehende, aber in Vergessenheit geratene Vorschriften wie Art. 162 Abs. 2 der bayerischen Verfassung verlangen glatt die Abschöpfung des so entstandenen Wertzuwachses.

Vor diesem Hintergrund ist es eigentlich selbstverständlich, dem durch die Bauplanung begünstigten Eingreifer einen Teil der ökologischen Reparaturkosten aufzuerlegen. Außerdem hat sich die Anwendung des Verursacherprinzips als schnelles und wirkungsvolles Steuerungsinstrument zunehmend durchgesetzt.

**These 3: Entwicklungsprozesse lassen sich nicht aufhalten. Die Verteidigung des Status Quo wird auf lange Sicht keinen Erfolg haben. Es gilt, Unaufhaltsames zu gestalten. Dazu braucht der Naturschützer eine „Developer-Mentalität“.**

Unsere Mentalität ist die von

Verteidigern, - oft die von heroischen, aber von vornherein zur Niederlage verurteilten Verteidigern. Deshalb sind wir am Ende froh, wenn nur die Salamitaktik angewandt wird und immer noch ein Stück von der Salami übrig ist.

Warum versuchen wir es nicht einmal mit der Mentalität von Developern? So entwickeln wir vielleicht aus der komplizierten die einfache Lösung, statt uns im Kampf gegen die primitive Lösung zu verschließen. Das bedeutet:

- Ein klares Ziel formulieren, das über die bereits vorliegenden Lösungen hinausgeht;
- die Vorstellungen aller von der Zielvorgabe Betroffenen erfassen und in der Darstellung der Zielerreichung berücksichtigen;
- die Zielerreichung in kleine, faßbare, pragmatische Schritte unterteilen, die auf den bestehenden Lösungen aufbauen.

Ein Developing-Konzept könnte folgende Eckdaten umfassen:

Auch Naturschützer müssen verlangen, daß erschwingerlicher Wohnraum für alle zur Verfügung steht. Die entsprechenden Flächen sind mit den Methoden modernen Grundstücksmanagements, also insbesondere durch Flächenrecycling und intelligente Ausnutzung bereitzustellen. Am Verbot des vermeidbaren Eingriffs ändert sich also nichts.

Es muß auch verdeutlicht werden, daß innerstädtische Flächen grundsätzlich unter die Eingriffsregelung fallen. Diese Kröte kann die Gegenseite dann schlucken, wenn wir zugeben, daß bei innerstädtischen Flächen der Eingriff häufig unvermeidbar ist, zum Beispiel, weil die Alternative im

Eingriff auf Freiflächen am Stadtrand und damit im Wachsen der Stadt bestünde.

Während bei der Definition des Eingriffs eine harte und offensive Argumentation angezeigt ist, könnten wir bei der ökologischen Ausgleichsregelung Flexibilität zeigen und zugestehen, daß die bestehende Praxis bürokratisch und ineffizient ist, weil auf grundstücksbezogene Ausgleichsmaßnahmen beschränkt.

Die Ausgleichsmaßnahme muß nicht grundstücksbezogen durchgeführt werden. Sie kann ebenso einem Pool von Flächen zugute kommen, die eine bedeutende Entwicklungskapazität haben und mit relativ geringen Mitteln spürbar ökologisch aufgewertet werden können.

Keine Scheu auch vor der Ausgleichsabgabe. Die anstehenden Baumaßnahmen können gar nicht alle mit Ersatzmaßnahmen ausgeglichen werden, jedenfalls dann nicht, wenn man der hier vorgeschlagenen weiten Eingriffs-Definition folgt. Die Ausgleichsabgabe kann hingegen im weitesten Sinne für Maßnahmen eingesetzt werden, die dem Naturschutz und der Landschaftspflege dienen. Fazit: Die bestehende Gesetzes-Lage erlaubt ein Konzept, das den berechtigten Interessen an einer Flexibilisierung der Genehmigungs-Entscheidung entgegenkommt und gleichzeitig die ökologische Gesamt-Bilanz erheblich verbessern kann.

Matthias Schillo

Matthias Schillo ist Jurist und als Richter am Berliner Kammergericht tätig. Seit 1991 ist er Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Naturschutz.

Vermischtes

Up platt:

# Supen, Fräten, Glotzen de Süchte un dat Spiegen

Bi de Mannslüd kümmt dat Spiegen meisttiedens vun't Supen. Vun't Supen in't Övermaß. De möten denn ja woll einen bannigen Döst hebben. Können denn Hals nich vull kriegen. Glöben se.

De ollen un jungen Ridderslud ut de ollen Tieden sünd bi sonne Gelegenheiten flink oder sinnig. Je nah Taustand un Nodwendigkeit, an de Finster vun de hogen Riddersburgen lopen, dat heit woll mihr wat schwankt, oder an de Balustraden vun de Rundgänge, un hebbt sick dor utspiegt. In' hogen Bagen un mit väl Larm. I gitt, i gitt. Disse ollen Ridderslud. Einfach so öwer de Balustraden. Wat för einen Schwienkram.

In mihr feinere Lokale vun hüt, dor geiht dat düchdig wat vörnehmer tau. Dor gifft dat in de gekachelten Rümlichkeiten vun de Herrentoiletten grotere riesige Spieschötteln. De sünd in Bosenhöhe an de Wand anbröcht, wägen denn Rückstoß nich so wiet weg vun dat Mulwark, an jede Siet dorvun einen fasten Haltegriff in Höhe vun de Schullern, un in de Mitt vun de Schöttel einen groten Schlund. Allens kommod inricht't. Möt ja woll immer noch Bedarf dorför dor sin.

Nu, wo dat mit de Emanzipation schon losgahn hett, nu seggt de Frugens, wat de Männer könn.

dat könn wi all lang. Rein gornicks laten disse Frugensmischen dorbi ut. Awer wiewdat se ja nich allens grad so maken könn un wüllt, extra, as de Mannslüd, maken se dat, wat de Mannslüd mit dat Supen makt, mit dat Fräten. Bulimie heit de Sucht. De fräten un fräten so lang, bit all de scheune un diere Kram an de Öwerkant vun de Ünnerlipp stahn deiht. Un denn fangt dat grote Spiegen an as bi de Mannslüd.

Wat Korl nu nich bekannt is, is dat, ob in de gekachelten Rümlichkeiten vun de Damentoiletten vandag ok all Spieschötteln anbröcht sind. Hei trucht sick nich rinner in de Damentoiletten. Is wat schamig. Hütigendags noch schamig. Em glöwt ja doch keine eine, wat hei dor för Interessen hett. Un denn wür em noch interessieren, ob de Frugenslud vun dat öwermäßige Fräten ok so scheun klauk, stark un riek ward as de Mannslüd vun dat Supen.

Einen gauden Fründ vun Korl, dat is sonne Ort vun Psychologe, de hett sick nu mihr akademisch mit dissen ganzen Kram vun dat Suchtspiegen, vun dat Spiegen ut Överfluß, befat'. De hett dor lang an rümmerdoktert un denn ruterkrägen, wat dat för einen groten Vördeil hett mit dat Spiegen. Wenn de Manns- un Frugenslud dat nich maken würen un likers so väl supen un fräten, denn

würen se eines Dags plätzen. Hett hei ruterkrägen. Mit Hülpe vun de Raumlehre un Elastizitätstheorie. Einfach so plätzen würen de Männer un Frugens. Vun' Överfluß. Awer vörher würen se noch lange Tieden bannig krank sien.

Also: Wenn eine menschliche Kreatur nu so väl in' Överfluß tau sick nähmen will, Janken dor nah hett, denn möt ehr dor ok Gelegenheit tau gäben war'n. Wi läwt doch nich tau'n Spaß in einen Rechtsstaat. Awer, se möt sick dorbi ehre Gesundheit erholen. Vun wägen de Krankenkassenkosten. Dorüm is in sonnen Fall dat Spiegen Pflicht. Un dorüm schüllt nu öwerall disse kommoden Spieschötteln upstellt warden. Ok in de Damentoiletten. Wenn se dor nich all staht.

Bi sine akademischen Hantierungen is de Psychologe up noch ein Suchtproblem stöft. Dat sall Frugens- un Mannslüd gäben, de sitten so lang, as de ollen un jungen Ridderslud bi Köm un Beer seeten hebbt, un wecke Mannslüd vun hüt noch sitten daut, un ok noch länger, vör dat Kiekschapp. Dor hölpn se sick eine Stünn vun de Mattschief nah de anner rinner. Ümmer mihr un ümmer mihr. Glotzemie heit de Sucht. In Amerika is ein Dörchschnitt vun acht Stünnen an Dag vör dat Kiekschapp Satz. In' Dörch-

schnitt. Un wat de Amerikaner könn, dat könn wi all lang. Wenn nich hüt, denn öwermorgen. Kann dat denn nu gaud sin för eine menschliche Kreatur?

De Psychologe meint, hei har ruterkrägen, dat einer oder eine vun de Glotzemie nu grad nich plätzen wür, ne, dat nich, awer dull krank war'n, dat würen disse Överflußkonsumierers/innen woll ok eins grad so as de mit de Sup- un Frätsucht. Un wenn se dat nich wullen, denn kunnen se girn wiederhen acht Stünnen un länger vör dat Kiekschapp sitten, awer af un an, denn müßt dat eine Gelegenheit gäben för dat Utspiegen vun de ganzen välen Krimis, Serien, Video-Clips, Polit-Shows, de ganze Gewalt un denn annern Schwienkram. So as de annern dat tau väl an Fräten un Supen utspiegen.

Ja, wenn dat dorför ein Möglichkeit gäben wür, sonne Ort Medienkonsumspieschötteln, in de de Lüd all dat ruterspiegen könn, wat se sick öwer dat Kiekschapp un denn Tüterkasten, de hört dor ok mit tau, denn Dag un de Nacht öwer intrichtert hebbt, denn kunnen, kunn möglich sin, de Köpp vun de menschlichen Kreaturen halfwägen gesund blieben. Einfach utkotzen denn Kram, denn wi uns in unse Sucht tau väl intrichtert hebbt. Anners möten wi dorvun krank warden.

Korl Bäk

Forum

## Falsche Richtung im Bonner Sparkurs

In der Diskussion um den angestrebten, im sozialen und wirtschaftlichen Interesse der Bürger der Bundesrepublik liegenden Solidarpakt, mit dem die erforderlichen Kosten für die deutsche Einheit erbracht und erträglich verteilt werden sollen, hat der Bundeskanzler vor kurzem deutlich gemacht, daß dabei auch die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger zur Kasse gebeten werden sollen. Er scheint damit vor allem mit seinem Finanzminister überein zu stimmen. Die zu erwartenden politischen Proteste dagegen kamen prompt, allerdings keineswegs nur aus den Reihen der Opposition, von den Gewerkschaften und den verschiedenen Sozialverbänden. Widerspruch dagegen war auch aus dem Bundesarbeitsministerium und vom scheidenden Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, der ebenfalls der CDU angehört, zu vernehmen. Dieser rechnet - bei dem sich abzeichnenden Null-Wachstum im begonnenen Jahr 1993 - nicht nur mit 400 000 mehr Arbeitslosen, sondern auch damit, daß die Realisie-

rung dieser Ankündigung im Zusammenhang mit den bereits gekürzten Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dem Zulauf zum Rechtsradikalismus einen zusätzlichen Weg eröffnen könnte. Wenn Finanzminister und Bundeskanzler einerseits betonen, daß bisher nur Bruchstücke der vorzulegenden Sparpläne dargelegt wurden, aber gleichzeitig dabei unmißverständlich auf das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe weisen, ist die Richtung zu erkennen: Nicht die Deutschen, die Arbeit haben und noch vor einem Jahr, ohne darunter zu leiden, ihre Solidardarabgabe zahlten, sollen erneut in die Pflicht genommen werden. Noch weniger die Beamten und Selbständigen, die bislang nur wenig zur Finanzierung der Einheit beitragen mußten. Diejenigen, die in ihrer Mehrzahl Probleme damit haben, mit dem Existenzminimum klar zu kommen, aber sollen zahlen. Das dürfte doch wohl die falsche Richtung des Sparkurses mit dem Ziel, den angestrebten Solidarpakt zu verwirklichen, sein.

Helmut Kater

## Hart am Wind

Ein interessantes Programm präsentierte die Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen und Gewerkschaften „Arbeit und Leben“ zum Jahreswechsel. „Unser Ziel ist es, das Prinzip Aufklärung durchzusetzen“, formulierte der Geschäftsführer des Bildungsvereins, Martin Klähn, in seiner Stellungnahme gegenüber Schweriner Gewerkschaftern. Es käme darauf an, den Menschen mittels Weiterbildung zu befähigen, aus seiner Unmündigkeit auszubrechen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Klähn unterstrich seinen Anspruch durch Beispiele des neuen Jahresprogrammes. „Dabei bleiben wir ganz hart am Wind der Realität“, schätzt der Bildungsreferent ein. Und der bliese zur Zeit von vorn: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, globale ökologische Bedrohung, Nord-Süd-Konflikt. Die Reihe ließe sich verlängern. Die Maxime hieße nach wie vor: „Global denken - lokal handeln.“

beit und Leben“ beispielsweise durch ein Seminar „Annäherung an das Fremde“ aufgreifen. Lateinamerikanische Lebensweise soll eine Woche Stadtgespräch in einer Kleinstadt werden. „Wir werden die Stadt thematisch besetzen“, kündigt Klähn an. Theaterstücke, Diskussionsrunden in Kirchen, Folklore-Konzerte sollen dafür sorgen, daß das Fremde zum Thema Nummer eins wird.

Ein weiteres Seminar aus den etwa 50 Themen befaßt sich mit der Annäherung der Konfession - im jüdisch-christlichen Dialog. Zu dieser Bildungsveranstaltung mit dem Titel „Kann man seine Feinde lieben?“ erwartet der Bildungsverein den jüdischen Theologen Pinchas Lapide.

Anmeldungen und Anfragen können gerichtet werden an „Arbeit und Leben“, Gadebuscher Str. 153 G, O-2762 Schwerin, Telefon: Schwerin 467 157.

Anzeige

## Wir sind umgezogen

**Polley, Johannsen + Partner**  
Steuerberatungsgesellschaft mbH

**Polley + Partner GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Zweigniederlassung

Unserer werten Kundschaft geben wir zur Kenntnis, daß wir ab 1993 in unserem repräsentativen Bürogebäude in der Schelfstraße 35 zu erreichen sind.

**Anschrift:**

**Schelfstraße 35**  
**O-2757 Schwerin**  
**Telefon 03 85 / 8 10 90**  
**Telefax 03 85 / 86 88 15**

Unser Büro in der Schliemannstraße bleibt noch im Januar geöffnet.

## Ost-West Pickel

Früher, als ich noch in den alten Ländern war, hab' ich ja kaum was getrunken. Zumindest isses mir nicht so aufgefallen. Aber jetzt, in meinem zweiten Schweriner Winter, bin ich schon morgens vor dem Gang zum Bäcker in Angst, man könnte mich als Wessi entarnen und dann irgendwie angucken. Also muß ich bereits zu fast noch nachtschlafener Zeit einen Kleinen kippen. Zur Sicherheit. Und das ist über'n Tag nicht der einzige zwingende Anlaß.

Ein richtiger Erleichterungstrinker bin ich geworden. Nur noch Braune und Weiße und dazwischen scharfe Menthol-Bonbons als Sozial-Programm und zur Sicherung des kommunikativen Elements.

Dadurch ist meine Haut wieder so pickelig geworden wie sie's zuletzt zur Zeit der Vietnam-Demonstrationen war. Keine Frage, daß ich sofort schweres Geschütz aufgeföhren habe: Mit einem Ar-

senal von mindestens fünf Salben, Gels und Pasten - alle farblos, wohlriechend und westdeutscher Herkunft - ging ich in den Feldzug gegen meine Hautunreinheit. Und jedes Mal, wenn's wieder nichts geholfen hatte, verdoppelte ich die Dosis. Und letzten Sonntag, abends um acht, war das letzte Tübchen verbraucht.

In der Notapotheke, die ich sofort aufgesucht habe, bedauerte man sehr: Keine meiner geschätzten West-Salben war vorrätig. Fast hätte ich wütend losgehault: Sonntagabend bei schneidender Kälte ohne meine liebe Pickelsalbe mitten im Osten, da war ich untröstlich. Doch jetzt trumpfte der Apotheker auf: Er habe da noch zwei „hochwirksame“ Salben „von hier“, wie er mit einem fast schon verschwörerischen Gesichtsausdruck versicherte. In meiner Not griff ich zu, - lieber mit Ost-Salbe meine West-Pickel behandeln als gar nicht. Auch wenn's bestimmt nichts hilft.

Zuhause vor'm Spiegel kamen mir dann wirklich die Tränen: Die hochwirksame Ost-Salbe war ein ekelhaft stinkender dunkelbrauner Schmadder. Jetzt war's mir nicht nur elend, ich sah auch noch so aus. Auf einer wohligen Wolke von Selbstmitleid schlummerte ich schließlich ein, - ab morgen, so entschloß ich mich noch im Halbschlaf, würde ich mich nicht mehr rumschubsen lassen.

Als ich tags darauf vor dem Frühstück in den Spiegel schaute, waren die Pickel kaum noch zu sehen. „Durchschlagender Erfolg!“ schrie ich mehrfach mit überschnapperender Stimme durch's Haus. Und am Kaffeetisch fand ich bittere Worte für die West-Pharma-Konzerne, die „hochwirksame“ Ost-Arzneimitel vom Markt fegten. Meine Freundin musterte interessiert die dunkelbraunen Stellen in meinem Gesicht.

Waldemar Schlegel

## Mein wunderbarer Alltag

Die wenige Tage zwischen Weihnachten und Silvester geben meinem ohnehin schon labilen Zeitgefühl Jahr für Jahr den Rest. Während etliche Mitmenschen bereits im Sommer mit einer bewundernswerten Genauigkeit sagen können, auf welchen Wochentag denn diesmal die Geburt Christi fällt und wie sich daraus uraltsmäßig beziehungsweise tariftechnisch das größte Kapital schlagen läßt, schlittere ich immer wieder unvorbereitet in die Zielgerade des auslaufenden Jahres und fühle mich dabei wie in einem Bermudadreieck der Apperzeption.

Links noch Lametta, rechts schon die ersten Papierschlängen. Mein alter Terminkalender hat jetzt ausgedieht, und in dem neuen Wochenfahrplan lungern einsam drei Abgabe- und zwei Zahnarzttermine. Und obwohl ich einerseits in der Lage bin, nur per Gefühl ein Viereinhalbminutenei zu timen, kann es mir andererseits in diesen konturlosen Tagen passieren, daß ich mich bei der chronologischen Zuordnung eines zentra-



Rainer Brandenburg

len Ereignisses um etliche Monate oder auch Jahre vertue. Ich sage und meine beispielsweise „kürzlich“, obwohl die exakte Datierung - sagen wir - „vor über drei Jahren“ lauten müßte. Ein guter Freund von mir, der bereits digital denken konnte, als ich den Computer noch für einen Modemartikel gehalten habe, hat für diesen scheinbar weitverbreiteten Langzeitverlust das Etikett „Historisches Neulich“ parat.

Nun ist es immer tröstlich, nicht die Urheberrechte an einem Syndrom zu besitzen, aber eine wirkliche Hilfe bei der Rekonstruktion der jüngsten Vergangenheit sind mir in erster Linie

die beliebten Jahresrückblicke mit ihrer konstanten Rezeptur aus Hungerelend, Ökodrama, Sex, Sport und Kuriositäten.

Also, Möllemann weiß ich, und mit einer Flugzeug- beziehungsweise Tankerkatastrophe liegt man auch immer richtig. Dann haben wir noch den Aufstieg von Linda de Mol und der Absturz von Honecker. Außerdem habe ich mein Auto über den TÜV gekriegt. Auf Lichtenhagen folgte mit leichter Verspätung die Lichterkette, gegen die ich grundsätzlich nichts einzuwenden habe, solange diese Geste nicht zu einem von Osram und Varta gesponserten Städte-turnier ausufert.

Minimale Hoffnung für 1993 gibt mir allerdings das TV-Magazin der Morgenpost zum Jahresende, auf dessen Titelblatt der Dummebeutel Reinhold Messner plus Unterzeile „Ja, ich bin verrückt...“ zu sehen ist. Aus diesem längst fälligen Bekenntnis könnte man doch eine Selbst-Üting-Serie machen... Freiwillige vor!

## MA beißt an...

### Bei Brinkama's Schwerin, Lübecker Straße

Die Landeshauptstadt hat seinen zweiten „Italiener“, raunte es von Mund zu Mund. So ein Geheimtip zwingt zu einem Besuch. In der Lübecker Straße an dem Ende, das mein Vater früher mit „Nachtjackenviertel“ titelte, findet man durch die nächtlichen Gassen jenes so hoch gepriesene Etablissement. Rote Leuchtzeichen weisen den Weg. „Antipasta!“ Wir treten ein und sind angetan. Eine kleine Kellnerin zieht uns in ihren Bann und an einen Tisch. Bei der Einrichtung des Lokals ist jemand am Werke gewesen, der Geschmack und Sinn für das Zweckmäßige hat. Ein Blick in die offene Küche schafft Vertrauen, hier wird nicht irgend etwas zusammen geschüttet, das dann schmecken soll.

Unsere Kellnerin zeigt alles Verständnis für ein mäkeliges Kind und einen quengeligen Onkel, erster mag Tomaten nur wenn sie zu Ketchup zusammengemacht wurden, letztere will partout ein Gericht, das nicht auf der Speisekarte steht. Da entdecken wir das einzige Manko unserer Neuentdeckung, wir sind bei einem Italiener gelandet, dem Spaghetti al olio unbekannt sind. Also Schwerin hat noch immer keinen Italiener, auch dieser ist nur einer, der italienisch kocht. Aber das macht er gut. Die Gerichte sind wohl-schmeckend, kommen in üppi-gen Portionen auf den Tisch. Wir können den Besuch bei Brinkama's empfehlen.

Küche: gut  
Ambiente: gut  
Bedienung: sehr gut

C. Doose

## Reise

## Idyllisches Kleinod in Spaniens Norden

Ströme sonnenhungriger Urlauber wälzen sich, trotz abnehmender Tendenz, zur Urlaubszeit noch immer an die spanischen Küsten, auf der Suche nach warmem Wasser und heißer Luft. Im Inland dagegen tragen selbst die touristischen Sehenswürdigkeiten noch ein spanisches Gesicht und keine deutsch/englische Maske, wie so mancher Ort am Meer.

Seit Jahrhunderten ist eine dieser inländischen Attraktionen der Pilgerweg nach Santiago de Compostela. Schon während des frühen Mittelalters pilgerten die Gläubigen vieler europäischer Länder zum Grab des heiligen Jakob in den äußersten Nordwesten Spaniens.

Nachdem die Pilger die Pyrenäen überquert und kurz Station am Rolandsgrab gemacht hatten, erreichten sie nach mühevollen Wochen die iberische Halbinsel. Sie wanderten über die sich in der Mittagshitze fast unerträglich aufheizende kastilische Hochebene und manch einer überlebte die Strapazen auf dem Weg in den äußersten Nordwesten nicht.

Doch lange bevor sie in Santiago eintrafen, tauchten in der Ferne die gotischen Kirchtürme einer der bedeutendsten Stationen auf ihrem Weg auf: die Silhouette der prunkvollen und mächtigen Stadt Burgos.

Anders als die Pilger vergangener Jahrhunderte reisen wir von Barcelona kommend mit dem Bus nach Burgos. 600 km, 8 Stunden Fahrzeit. Rechts und links der carretera ist die Landschaft steinig und verkarstet, die wenigen Dörfer passen sich dem blassen Farbenspiel des Plateaus fast vollkommen an. Lediglich in der weitläufigen Ebene, die der Ebro in Jahrtausenden grub, grünen die bewässerten Felder; bewacht von den an felsigen Abhängen klebenden Ruinen mittelalterlicher Burgen.

Es ist nur noch wenige Kilometer bis Burgos, als sich die Umgebung unerwartet verändert. In der Sonne glänzen jetzt Stoppeln längst abgeernteter Weizenfelder und bis an den weiten Horizont wellen sich die sanften Erhebungen der Kornkammer Spaniens. Hin und wieder wird dieses Bild von dunkelgrünen Wäldern durchbrochen, die sich auf den Hügeln

dahinziehen. Beinahe mitteleuropäisch mutet dieser Landstrich an, vielleicht haben es die aus dem Norden kommenden Pilger vor Zeiten ähnlich empfunden.

Inmitten dieser fruchtbaren Gegend liegt in etwa 800 m Höhe am Ufer des Arlanzóns die heutige Provinzhauptstadt Burgos mit ihren mehr als 180 000 Einwohnern. Bis heute hat sich die Wiege Kastiliens, eine Hauptstadt ihrer Könige, ihr mittelalterliches Stadtbild bewahrt. Wie die schweren scheppernden Klänge der Kirchenglocken, so klingt beim Gedanken an Gebäude und andere Zeugnisse die Geschichte vergangener Epochen mit. Bedeutende Figuren wie etwa Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragon, ihre Tochter Johanna, die man die Wahnsinnige nennt, mit ihrem Mann Philipp dem Schönen und auch Kolumbus weilten hier und trugen so zu der herausragenden Rolle bei, die Burgos während des Mittelalters spielte.

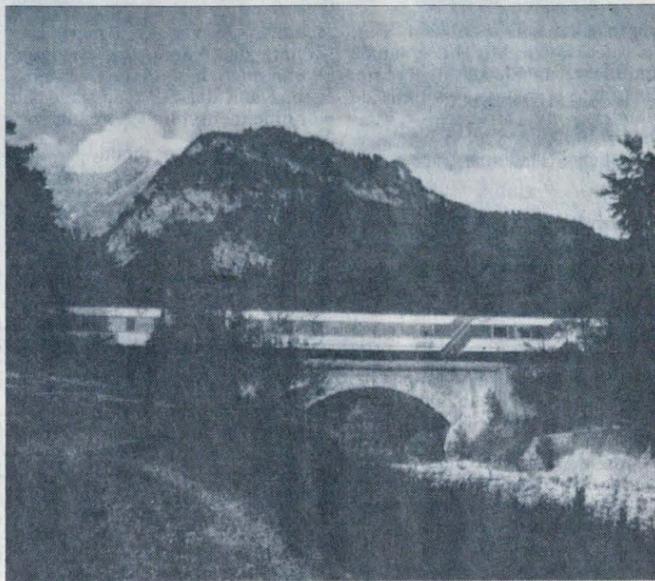
Der Bus fährt in den Busbahnhof ein. Es ist ein funktionaler Bau, der neuerdings durch Peter Handkes Erzählung „Versuch über die Jukebox“ zu Ehren gelangt ist.

Wir überqueren den Fluß und betreten durch das monumentale Tor „Santa Maria“, eines von mehreren erhaltenen Empfangsportalen, den mittelalterlichen Stadtkern. Kaum sind wir unter den steinernen Bögen hindurchgegangen, als sich vor uns unvermittelt die mächtige Kathedrale erhebt.

Wie ein Bollwerk ist der Sakralbau in den Berg hineingebaut, abwehrend und scheinbar unzugänglich, einer massiven Festung ähnlich. Ganz im Gegensatz dazu recken sich die filigranen schlanken Türme in die Höhe, als würden sie den Himmel berühren wollen. Unausweichlich vermittelt diese Erhabenheit und Größe dem am Fuße des Hanges stehenden Besucher eine symbolische Aussage, die mit ungläublicher Eindringlichkeit auf ihn einwirkt: Die Unterlegenheit und Ohnmacht des mittelalterlichen Menschen gegenüber dem göttlichen, und freilich auch dem weltlichen Herrscher. Das einzigartige Kunstwerk, dessen Grundstein 1221 von Bischof Mauricio gelegt wurde, ent-

stand in einer Stadt mit großer politischer Bedeutung nicht allein zum Andenken Gottes, sondern auch zur Repräsentation von Macht und Reichtum der kastilischen Herrscher.

Nichts als der von Menschen gebrochene und behauene graue Stein und darüber der Himmel.



Obwohl das Äußere verwirrend erscheint und die Jahrhunderte nicht spurlos vorbeigegangen sind, präsentiert sich die Kathedrale relativ einheitlich im gotischen Stil. Zahlreiche Figuren und Kapitele, Rosetten und Balustraden, Türme und Türmchen schmücken das Bauwerk. Und zu Recht erinnert das feingliedrige Maßwerk der Türme an das Straßburger oder Freiburger Münster, denn die Baumeister der spanischen Kathedrale, so der geniale Hans von Köln, kamen vom Rhein und aus Flandern. Es ist also nicht allein die landschaftliche Umgebung, die Burgos einen Hauch mitteleuropäischen Charakters verleiht, sondern es ist ganz besonders das Erscheinungsbild der Kathedrale.

Unser Rundgang führt uns durch das höhlenartige Innere der Kathedrale bis zu dem Punkt, an dem wir in den Kreuzungspunkt von Lang- und Querschiff treten: Plötzlich

stehen wir in der lichten Weite der Vierung, helle Lichtstrahlen fallen zart gefiltert durch die durchbrochenen Steine ins Innere der Kirche. Dort oben, im Rund der Vierung, geben sich Figuren gleich Engeln ein Stelldichein, geschaffen nicht für den Anblick des Menschen, denn vom Boden aus kann

man nur schwer die Details erkennen. Es ist ein Blick in einen Himmel, von dem die Gläubigen des Mittelalters die Erlösung erhofften. Dieser bauliche Mittelpunkt, indem das Licht quasi durch den Stein dringt, ist gleichzeitig der geistige Mittelpunkt der Kathedrale.

Ein Höhepunkt ganz anderer, weltlicher und zugleich nahezu mythischer Art, ist das Grab des „El Cid“ und seiner Ehefrau Ximena im Mittelschiff. Der spanische Nationalheld, der als Sieger gegen die Mauren im ältesten spanischen Epos „El Cantar del Mio Cid“ besungen wird, wurde als Sohn eines alten Adelsgeschlechts in der Nähe von Burgos geboren und liegt hier begraben.

Wir treten aus der Kathedrale und sind geblendet vom gleißelnden Sonnenlicht. Langsam steigen wir durch die Straßen der Stadt zur Ruine des Königskastells. Von den

Resten der ehemaligen Wehrtürme aus genießt man einen grandiosen Ausblick auf einen unendlichen Horizont: Die Weite der goldenen Hügel und des Himmels, an dem schnelle Wolken ziehen. Darunter die grüne Flußaue, umsäumt von den rotbraunen Dächern der Altstadt und dem kräftigen Rot der neueren Dächer. Deutlich erkennt man die alten Stadtgrenzen, die Kirchen und Brunnen, die Kunstwerke und Bauten der von Ferdinand III. mit gotischem Zuckerwerk überzogenen Altstadt. Direkt zu Füßen liegt die Kathedrale.

Burgos war Kreuzungspunkt zwischen katholischer Kirche und Staat, zu Mauern gewordener Schnittpunkt zweier Pole: Niederlassung des kastilischen Herrscherhauses und wichtige Station auf dem Pilgerweg nach Santiago de Compostela. Noch in anderer Hinsicht ist Burgos Schnittstelle. Kaum eine andere spanische Stadt vereinbart in so angenehmer Art das großstädtische moderne Leben mit einer provinziellen Beschaulichkeit.

Auf Schritt und Tritt spürt man die Spuren der Geschichte. Kolumbus kam nach seiner zweiten Amerikareise hierher, um von Isabella II. in der „Casa del Cordón“ empfangen zu werden. Es ist das gleiche Haus aus dem 15. Jahrhundert, das seinen Namen von der steinernen, um den Eingang geflochtenen Franziskanerkordel herleitet, in dem Philipp der Schöne starb. Durch diesen Tod wurde seine Gattin Johanna dem Ränkepiel der Mächtigen ausgeliefert und schließlich lebenslang inhaftiert. Hierher, nach Burgos, kam angeblich das erste Gold aus Lateinamerika, vielleicht als Anschauungsobjekt auch einige indianische Sklaven.

In der Nähe des 1187 gegründeten Konvents „Las Huelgas“, der etwas außerhalb der Stadt liegt, weist an der Straße nach León noch immer das uralte graue Pilgerkreuz den Weg, der Sockel ist von unzähligen Füßen und Knien blankgeschuert. Zeitspuren. Nachdenklich gehen wir den Weg zurück nach Burgos und durchqueren die Stadt entlang dem Ufer des Arlanzóns. Gleich einem grünen Band fließt der Fluß langsam da-

hin, ein Refugium für Forellen und Frösche, Naturbegeisterte und den Nachwuchs. Die langsame sanfte Bewegung des schillernden Wassers bietet einen krassen und reizvollen Kontrast zur steinernen gotischen Architektur der Innenstadt. Gegensatz von Natur und Kunst, Gegensatz unterschiedlicher Rhythmen und Lebenswelten.

Auf der anderen Seite der Stadt steigt aus der breiter werdenden Niederung der Wald an, es ist ein idyllisches Naherholungsgebiet für die Städter.

Dort draußen liegt, wie eine kleine Perle ins Grüne gesetzt, die Cartuja Miraflores. Erbaut im Isabellinischen Stil beherbergt die Kartause die Gräber von Juan II. und dessen Frau Isabella von Portugal sowie das des Prinzen Alfonso. Es sind filigrane Kunstwerke aus durchscheinendem feinem Alabaster, vor der Vielzahl von Figuren kann man lange verharren, versinken in die handwerkliche Arbeit, die Geschmeidigkeit des Steins und den Symbolgehalt der dargestellten Figuren. Die Cartuja ist ein Kleinod das etwas abseits der Menschenmengen die Ruhe des Waldes bündelt.

Noch einmal gehen wir in die Stadt hinein, diesmal um das allabendliche Vergnügen der Spanier zu teilen: das Flanieren auf dem Paseo. Sehen und Gesehen werden. Sorgfältig gekleidete Menschen, stolze Gesichter. Auf der gepflasterten Flußpromenade beteiligen wir uns an der kleinen Show. Dabei kreuzen wir die Plaza Generalissimo Franco und sind verwundert, daß der Platz noch immer den Namen des Diktators trägt. Scheinbar gelassen und unreflektiert wird hier mit der faschistischen Vergangenheit des Landes umgegangen.

Erst in der Dunkelheit verlassen wir die Stadt und müssen auf dem Weg vorbei am Denkmal des „El Cid“, ein in Bronze gebannter Sturm. Mit wehendem Mantel reitet er dahin, der schwarze Ritter, im Halbdunkel fast ein wenig fürchtend.

Eine Stadt zwischen Tradition und Weltoffenheit, zwischen Vergangenheit und -industrieller- Zukunft. Eine schillernde Perle.

Maraiké Langhorst

## Die Region am Bodensee

Während der Zeiten der Völkerwanderung verließen die Sueben ihre heimatlichen Gefilde an der Ostsee und zogen, inzwischen mit anderen Stämmen zu den Alemannen vereinigt, bis zu jenem Binnengewässer, das heute noch viele nach ihnen benennen: dem Meer der Sueben, dem „schwäbischen Meer“.

Der Bodensee, dieses im Süden des Nordens gelegene Wasser, das nach der letzten Eiszeit in einem Molassebecken entstand, ist in die beeindruckende Kulisse zwischen Alpen und hügeligem Voralpenland eingebettet. An allen Ufern, dem schweizerischen, dem österreichischen und dem deutschen siedeln Alemannen, die in der Sprache die Unterschiedlichkeit ihrer Ähnlichkeiten betonen.

Lange bevor die Römer das Kastell Brigantinus, das heutige österreichische Bregenz, gründeten, war der Spiegel des Sees für Kelten und Illyrer Drehscheibe und Knotenpunkt. Seitdem bleibt das Gewässer ein Rondell für Kunst und Kultur, eine Wiege, in der Erkenntnisse und Erfahrungen der Wissenschaften zentriert und gleichermaßen ausgestreut werden. Insbesondere die Karolinger förderten die intermediäre Region durch Anschubfinanzierungen und Begünstigungen der Klöster St. Gallen und Reichenau sowie des Bistums Konstanz.

Sie errichteten einer ihrer Kaiserpfalzen im Westen der Landschaft, in Potoma, dem heutigen Bodman am Überlinger See. Fortan wird der See nach diesem Ort benannt: Bodensee.

Auf der entgegengesetzten Seite, der 80 km entfernten östlichen, erreicht man über einen aufgeschütteten Fahrdamm die Perle im See, Lindau. Der Bummel durch die zum Verweilen verlockende Altstadt führt vorbei an der „Heiden-

mauer“, den Resten eines karolingischen Befestigungswerkes, zu den mittelalterlichen Zentren des Ortes. Es sind die gleichen Straßenzüge auf denen einst die Boten der Lindau-Mailändischen Botenanstalt ritten und in denen die Händler Ravensburger Handelsgesellschaft debattierten. Fast unvermittelt tritt man auf den Platz, der den geistigen Mittelpunkt markiert.

Die Türme zweier Kirchen werfen ihre Schatten, doch die Zwietracht vergangener Zeiten ist beigelegt: die spätbarock erneuerten Hauptkirchen beider Konfessionen stehen einträchtig nebeneinander.

Die evangelische St. Stephanskirche ist mit unaufdringlichen Stukkaturen des frühen Rokoko geziert, die katholische Marienkirche, an deren Bauplatz mit der

Gründung eines Frauenklosters einst die Besiedlung der Insel begann, erstrahlt im zeittypischen Überfluß. Auf der anderen Seite des Gevierts steht das „schönste Haus am Bodensee“, das Haus zum Cavazzen. Die überreich mit allegorischen Figuren und Reben bemalte Front zeugt von der Fruchtbarkeit und Leichtigkeit dieses Landstriches.

Beim müßigen Weiterschlendern erfüllt die mediterrane Stimmung den Besucher und es scheint, als verlangsame sich die Zeit zwischen den mittelalterlichen Fassaden. Doch hinter den Stirnseiten der Bauten pulsiert schwäbischer Geschäftssinn, schon das prächtige Rathaus aus dem 15. Jahrhundert zeugt vom Stolz der Bürger.

Die Hafeneinfahrt wird vom Wahrzeichen der Stadt, einem

überdimensionalen bayrischen Löwen bewacht, der anzeigt, zu wessen Territorium die Insel gehört. Doch bayerisch zu brüllen gelingt dem Löwen nicht, denn der Bildhauer vergaß die Zunge zu weißeln. Etwas abseits der Hauptgeschäftsstraßen duckt sich ein Kleinod für Kunstliebhaber, es ist die Peterskirche mit den Fresken des Passionszyklus von Holbein dem Älteren.

Und plötzlich verdunkelt sich der See, schwere Wolken sammeln sich am Himmel, Wind treibt den ruhigen Wasserspiegel auseinander, schäumend beugen sich Wellen. Blitze schlagen zwischen dem Grau des Himmels und dem des Sees, Donner hallt krachend. Menschenleer sind Straßen und Plätze. Es ist, als schließe sich das Wetter dem Abwechslungsreichtum der

Umgebung an. Kaum später färbt sich der Himmel blau und die Feuchtigkeit steigt dampfend vom Pflaster.

Die Route führt am Ufer des Sees entlang in Richtung Friedrichshafen. Die jüngere Geschichte der Stadt ist eng mit einem berühmten Namen verknüpft: Graf Zeppelin. Der aus Konstanz stammende General und Tüftler baute eine schwimmende Konstruktionshalle auf dem Wasser, in der die Pilotprojekte der riesigen Luftschiffe gefertigt wurden. Die rüstungstechnischen Erweiterungsbauten des Werkes vor und während des zweiten Weltkrieges veranlaßten alliierte Bomber dazu, die Stadt weitgehend in Schutt und Asche zu legen. Heute ist Friedrichshafen im städteplanerischen Stil der 50er und 60er Jahre wie-

deraufgebaut und nach wie vor einer der wesentlichen Industriestandorte, für viele der Brötchengeber am See. Nach einigen Kilometern erhebt sich aus dem südlichen Ambiente Stadt und Festung Meersburg. Die sich den Hang hinaufziehenden Häuser der Unter- und Oberstadt werden überragt vom wehrhaften Dagobertsturm der Alten Burg, von dem aus seit dem 7. Jahrhundert die Wasserstraße nach Konstanz skeptisch beäugt wird. Die Burg, jahrelanger Sitz der Konstanzer Bischöfe, war vom Verfall bedroht, nachdem die Fürstbischöfe sich nach Plänen Baltasar Neumanns einen zeitgemäßeren Wohnsitz, das Neue Schloß, gestalten ließen. In diesem Zustand erwarb der Freiherr von Laßberg, Germanist und Handschriftensammler, den alten Bau und machte ihn in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts zum Treffpunkt der Dichter und Denker. Seine Schwägerin, die Westfälin Annette von Droste Hülshoff, lebte seit 1841 in den Gemäuern und kaufte sich später das Fürstehäusle in den nahegelegenen Weinbergen. Ihr Sterbezimmer ist auf der Burg zu besichtigen. Der Aufstieg durch die Gassen zur Burg und zu der wenig höheren Terrasse vor dem fürstbischöflichen Schloß wird mit einem brillanten Ausblick über den schimmernden See belohnt. „Ich steh auf hohem Balkone, am Turm/ umstrichen vom schreienden Stare/ und laß gleich einer Mänade den Sturm/ mir wühlen im flatternden Haare . . .“, so sinnierte die Romantikerin.

Für den Besucher bietet der Bodensee den Hauch des Paradieses und einstimmdende Eindrücke verschiedenster Prägungen, Kunst und Kultur ohne Grenzen im Wechselspiel der Stimmungen.

M.K.L.

Architektonisches Schmuckstück:

## Wallfahrtskirche Birnau

pondiert der Bau mit Wasser und Landschaft.

Von der breit angelegten geschwungenen Terrasse, die der Kirche vorgelagert ist, schweift der Blick in die Ferne. Hängen bleibt er an den rekonstruierten Pfahlbauten des Museums in Unteruhldingen, dem Brückenband der Fährschiffe auf der Linie Meersburg-Konstanz, schließlich an der Blumeninsel Mainau und dem dort vom Deutschherrenorden erbauten Schloß.

Die ursprüngliche Planung sah majestätische, zum See hinabführende Treppen vor, doch die Ausführung scheiterte an mangelnden finanziellen Mitteln.

Den Innenraum betritt man durch das vorgebaute Priorat,

über dessen Eingang die sandsteinene Figur der Maria das Thema der Ausschmückung signalisiert. Die relative Schlichtheit des einschiffigen Baukörpers wird durch die Gemälde und in hohem Maße durch die Figuren und Putti Feuchtmayrs in Schwingung versetzt. Es sind diese mit der Malerei korrespondierenden Stukkaturen, die der Kirche einen besonderen Reiz und eine spezifische Aussagekraft verleihen. Von Altären und Seitenwänden schauen die Figuren als charakteristische Typen, die verschiedenste Temperamente spiegeln.

Es ist die ausgezerrte, verhärmte Anna am Hochaltar nicht minder als die bekannteste Figur der Kirche, der Birnauer Honig-

schlecker, der an die Redegewandtheit Bernhards von Clairvaux und an die Süße des göttlichen Wortes gemahnen soll. Am verblüffendsten sind die überall hervorlugenden Putti, die der Ernsthaftigkeit und Heiligkeit des Ortes teilweise recht schelmisch dreinblickend Widerpart zu leisten scheinen und so die Spannung der gesamten Darstellung erhöhen.

Die Gegensätze fügen sich zum geschlossenen Bild, das barocke Anliegen eines Gesamtkunstwerkes verwirklicht. Auch die Farbgebung des imitierten Marmors, die rötlich-grün bemalten Lisenen des Kircheninnenraumes, bleibt im Gespräch mit den Farben und Bewegungen des Außenraumes.

Die barocke Süße der Wallfahrtskirche entspricht einer Landschaft, in der Milch und Honig fließen. ml